



STABILITA

doplňková dôchodková
spoločnosť



JAHRESBERICHT für das Jahr 2024

Ergänzung zum Bestätigungsvermerk
des unabhängigen Abschlussprüfers zum
Jahresbericht im Abschnitt Bericht über
Informationen enthalten im Jahresbericht

STABILITA, d.d.s., a.s.

ANHANG ZUM BERICHT DES UNABHÄNGIGEN WIRTSCHAFTSPRÜFERS zum Abschnitt „Bericht zu den im Jahresbericht enthaltenen Informationen“

An die Aktionäre, den Aufsichtsrat und den Vorstand der Gesellschaft STABILITA, d.d.s., a.s.:

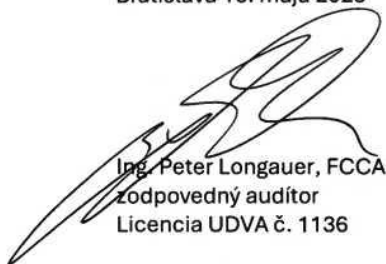
Wir haben den Jahresabschluss der Gesellschaft STABILITA, d.d.s., a.s. (im Folgenden „Gesellschaft“) zum 31. Dezember 2024, die im Anhang zum Jahresbericht der Gesellschaft enthalten ist, für den wir am 18. März 2025 einen unabhängigen, der Bestandteil des Anhangs zum Jahresbericht der Gesellschaft ist. Diesen Nachtrag haben wir gemäß § TJ Absatz 6 des Gesetzes Nr. 423/2015 Z.z. über die gesetzliche Abschlussprüfung und zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes Nr. 431/2002 z. z. über die Rechnungslegung in der Fassung späteren Vorschriften (im Folgenden als „Gesetz über die gesetzliche Abschlussprüfung“ bezeichnet)

Auf der Grundlage der durchgeführten Arbeiten, die im Abschnitt „Bericht zu den im Jahresbericht enthaltenen Informationen“ des oben genannten Berichts des unabhängigen Wirtschaftsprüfers sind wir der Meinung, dass

die im Jahresbericht der Gesellschaft für das Jahr 2024 enthaltenen Informationen mit dem Jahresabschluss der Gesellschaft für das
das betreffende Jahr

enthält der Jahresbericht die Informationen gemäß dem Gesetz Nr. 431/2002 z. z. über die Rechnungslegung in der jeweils gültigen Fassung.

Bratislava 16. mája 2025



Ing. Peter Longauer, FCCA
zodpovedný audítor
Licencia UDVA č. 1136

V mene spoločnosti
Deloitte Audit s.r.o.
SKAu-Lizenz Nr. 014

Darüber hinaus sind wir aufgrund unserer Kenntnisse über die Gesellschaft und ihre Lage, die wir im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses erworben haben,
sind wir verpflichtet anzugeben, ob wir wesentliche Unrichtigkeiten im Jahresbericht festgestellt haben. In diesem Zusammenhang gibt es keine Feststellungen,
die wir angeben müssten.

Deloitte bezeichnet ein oder mehrere Unternehmen aus Deloitte Touche Tohmatsu Limited („DTTL“), ihrem globalen Netzwerk von Mitgliedsunternehmen und deren verbundenen Unternehmen
verbundenen Unternehmen (zusammen „Deloitte-Organisation“) bezeichnet. DTTL (im Folgenden auch „Deloitte Global“) und jede ihrer Mitgliedsunternehmen und verbundenen Unternehmen
sind eigenständige und unabhängige juristische Personen, die andere Unternehmen innerhalb der Deloitte-Organisation nicht verpflichten oder binden können
Deloitte gegenüber Dritten verpflichten oder binden. DTTL, jede Mitgliedsfirma von DTTL und jede verbundene Einrichtung haftet nur für ihre eigenen Handlungen und Unterlassungen und nicht für
Handlungen oder Unterlassungen anderer Unternehmen innerhalb der Deloitte-Organisation. DTTL selbst erbringt keine Dienstleistungen für Kunden. Weitere Informationen finden Sie
unter www.deloitte.com/sk/o-nas.

Inhalt

1 Grundlegende Angaben zur Gesellschaft	6
1.1 Informationen zur makroökonomischen Lage	7
1.2 Informationen über die aktuelle Lage des Unternehmens	8
1.3 Besondere Ereignisse, die nach Abschluss des Geschäftsjahres eingetreten sindBerichtszeitraums	12
1.4 Informationen über die voraussichtliche zukünftige Entwicklung der Geschäftstätigkeit des Unternehmens	12
2 Sonstige Informationen	13
2.1 Informationen über die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung	13
2.2 Informationen über den Erwerb eigener Aktien und Geschäftsanteile	13
3 Auswirkungen auf die Umwelt	13
3.1 Vorschlag zur Gewinnverteilung der Gesellschaft STABILITA d.d.s., a. s. für das Jahr 2024	14
3.2 Angaben gemäß besonderen Vorschriften	14
3.3 Angaben zu ausländischen Niederlassungen	14
4 Auswirkungen auf die Beschäftigung	14
5 Individuelle Angabe von Informationen zur Nachhaltigkeit	15
6 Übersicht über die Kosten, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Tätigkeitsbereichen des Unternehmens	15
Einzelabschluss für das Jahr 2024	16

Grundlegende Angaben zum Unternehmen

1

Firmenname	STABILITA, d.d.s., a.s.
Firmensitz	Žriedlová 13, 040 01 Košice Telefon: +421 55 / 800 11 76, Fax: +421 55 / 622 58 48 E-Mail: marketing@stabilita.sk
Gründung der Gesellschaft	1. April 2007
Identifikationsnummer	36 718 556
Steuernummer	2022311852
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer	SK2022311852
Eingetragenes Unternehmen	Im Handelsregister des Stadtgerichts Košice, Abteilung Sa, Einlage Nr. 1407/V
Vorstand	Mgr. Jozef Salaj, Vorstandsvorsitzender seit 1. 5. 2024 Ing. Martin Pivarčí, stellvertretender Vorstandsvorsitzender seit 1.7.2022 Ing. Viliam Markócsy, Mitglied des Vorstands seit 1.7.2022
Aufsichtsrat	Ing. Ján Žáčko, Vorsitzender seit 1.4.2007 Ing. Lenka Vargová, stellvertretende Vorsitzende seit 28.4.2022 Ing. Rita Markuseková, Mitglied seit 28.4.2022 Ing. Stanislava Fejfarová, CSc., Ausscheiden am 23.9.2024 Ing. Ľubor Podracký, Mitglied seit 26.9.2007 JUDr. Alexander Sako, Mitglied seit 23.9.2024

Aktionärsstruktur und deren Anteil am Grundkapital

Aktionäre	Identifikationsnummer des Aktionärs	Land der Registrierung des Aktionärs	zum 31.12.2024	zum 31.12.2023
Železnice SR	31364501	Slowakische Republik	55.26	55.26
IAD Investments, správ.spol.,a.s.,	17330254	Slowakische Republik	44.69	44.69
ISC Group Funding, j.s.a.	54985951	Slowakische Republik	0.02	0.05
Ján Jerga	7107228909	Slowakische Republik	0.03	-

Grundkapital 1.660.000 Euro zum 31. 12. 2024

Reines Geschäftskapital zum 31. 12. 2024

Depotbank Slovenská sporiteľňa, a.s., mit Sitz in Tomášikova 48, 832 37 Bratislava

1.1 Informationen zur makroökonomischen Lage

- Die Währung EUR hat im Berichtszeitraum gegenüber dem USD um fast 6 % abgewertet. Das Hauptwährungspaar war 2024 einer volatilen Entwicklung. Die allmähliche Abschwächung der europäischen Währung hing vor allem mit dem langsameren Nachlass der Inflationsdruck in den USA als in Europa und der anhaltenden Stärke der US-Wirtschaft (BIP und Arbeitsmarkt) und dem starken Arbeitsmarkt in den USA. Der USD gewann nach der Eskalation der Spannungen im Nahen und den Ergebnissen der Europawahlen, die den Aufstieg nationalistischer und systemkritischer Parteien in der EU und die Ankündigung vorgezogener Neuwahlen in Frankreich und Deutschland. Der Sieg Trumps und die Einführung seiner Zollpolitik führten zu einer starken Unterstützung des USD aufgrund von Befürchtungen eines erneuten Inflationsanstiegs, einer Verzögerung der Zinssenkungen und der Angst der Eurozone vor neuen Zöllen durch die Trump-Regierung.
- Der Inflationsdruck lässt nach. Zwischen der Fed und der EZB kommt es zu unterschiedlichen geldpolitischen Maßnahmen. Während die EZB auf den raschen Disinflationsprozess in Europa und die Stagnation der Wirtschaft mit einer möglichen aggressiveren Zinssenkungen, droht bei der Fed eine Neubewertung ihrer Politik aufgrund der nach wie vor starken und den weiterhin stabilen Arbeitsmarkt, die die Hoffnungen des Marktes auf eine schnellere Senkung der . Ein grundlegender Wendepunkt für den Markt und den globalen Handel werden Trumps Wirtschaftspläne (Zoll- und Fiskalpolitik Politik)
- Die anfängliche Verbesserung der Unternehmens- und Investorenstimmung in der EU und den USA im ersten Halbjahr hat sich im zweiten Halbjahr um. Die positive Stimmung (Zinssenkungen, sinkende Inflation, sich belebende Weltwirtschaft) wich einer von einer düsteren Stimmung, Unsicherheit und einer unklaren Entwicklung der Weltwirtschaft und des internationalen Handels abgelöst. Die Geschäftstätigkeit verschlechterte sich nicht nur in der Industrie (vor allem im Automobilbau) aufgrund ihrer sich verschärfenden strukturelle Probleme, sondern auch im Dienstleistungssektor. Die Stimmung der Investoren und Unternehmer verschlechterte sich aufgrund der drohenden Einführung von Zöllen und Zöllen durch die USA nach dem Amtsantritt von Trump
- Das ermutigende Wachstum der europäischen Wirtschaft hat sich in der zweiten Jahreshälfte aufgrund des Rückgangs der Industrieproduktion und einer Verlangsamung der Staats- und Konsumausgaben nicht bestätigt. Ein stabiles Wachstum verzeichnet die US-Wirtschaft, die durch die Konsumausgaben in Verbindung mit einem starken Arbeitsmarkt gestützt wird. China kämpft trotz eines Wachstums von 5 %, um das EU und den USA beneiden können, nach wie vor mit wirtschaftlichen Ungleichgewichten (schwache Nachfrage und Deflation) und einer Immobilienkrise, die durch staatliche Konjunkturmaßnahmen gemildert werden sollen.
- Das Verbrauchervertrauen hat sich zum Jahresende trotz des Rückgangs der Inflation verschlechtert. Die Verbraucher reagieren sensibel auf die Verschlechterung der finanziellen Lage, die hohen Wohnkosten, den allmählichen Anstieg der Arbeitslosigkeit und die ungünstige Entwicklung in der Industrie wahr, was sich negativ auf das Verbraucherverhalten und die Einzelhandelsumsätze. Die Stimmung der Verbraucher wird teilweise durch den Anstieg der Reallöhne und sinkenden Zinssätzen.
- Die Unternehmensergebnisse erhielten trotz des zunehmenden globalen Wettbewerbs Impulse durch sinkende, was sich positiv auf die Investitionen und den Schuldenabbau ausgewirkt hat. Ein Boom war vor allem im IT-Sektor zu verzeichnen. Das Gegenteil ist in den Industriezweigen und im Handel mit langlebigen Konsumgütern der Fall. Die Unternehmen sparen Kosten und führen auf
- Übermäßige Haushaltsdefizite (FR, RO, SK), schlechte Lage der öffentlichen Finanzen, fehlende Konsolidierung und politische Unsicherheit im Zusammenhang mit den Wahlen (RO bzw. DE), die Entwicklung des UA-RU-Konflikts im Zusammenhang mit der Sicherheitslage und die Finanzierung des Krieges durch europäische Staaten haben zu einer Verschlechterung der Kreditqualität geführt. Die Risikozuschläge aufgeschlagen, auch für Entwicklungsländer aufgrund teurerer Finanzierungen in USD und der Zollpolitik der USA.
- Es bestanden weiterhin geopolitische Risiken, die zu einer höheren Volatilität an den Märkten führten (Ergebnisse der US-Präsidentenwahlen, Naher Osten, der Krieg zwischen Russland und der Ukraine, die militärischen Aktivitäten Nordkoreas, Handelsstreitigkeiten zwischen China und den USA/EU, Zollpolitik).

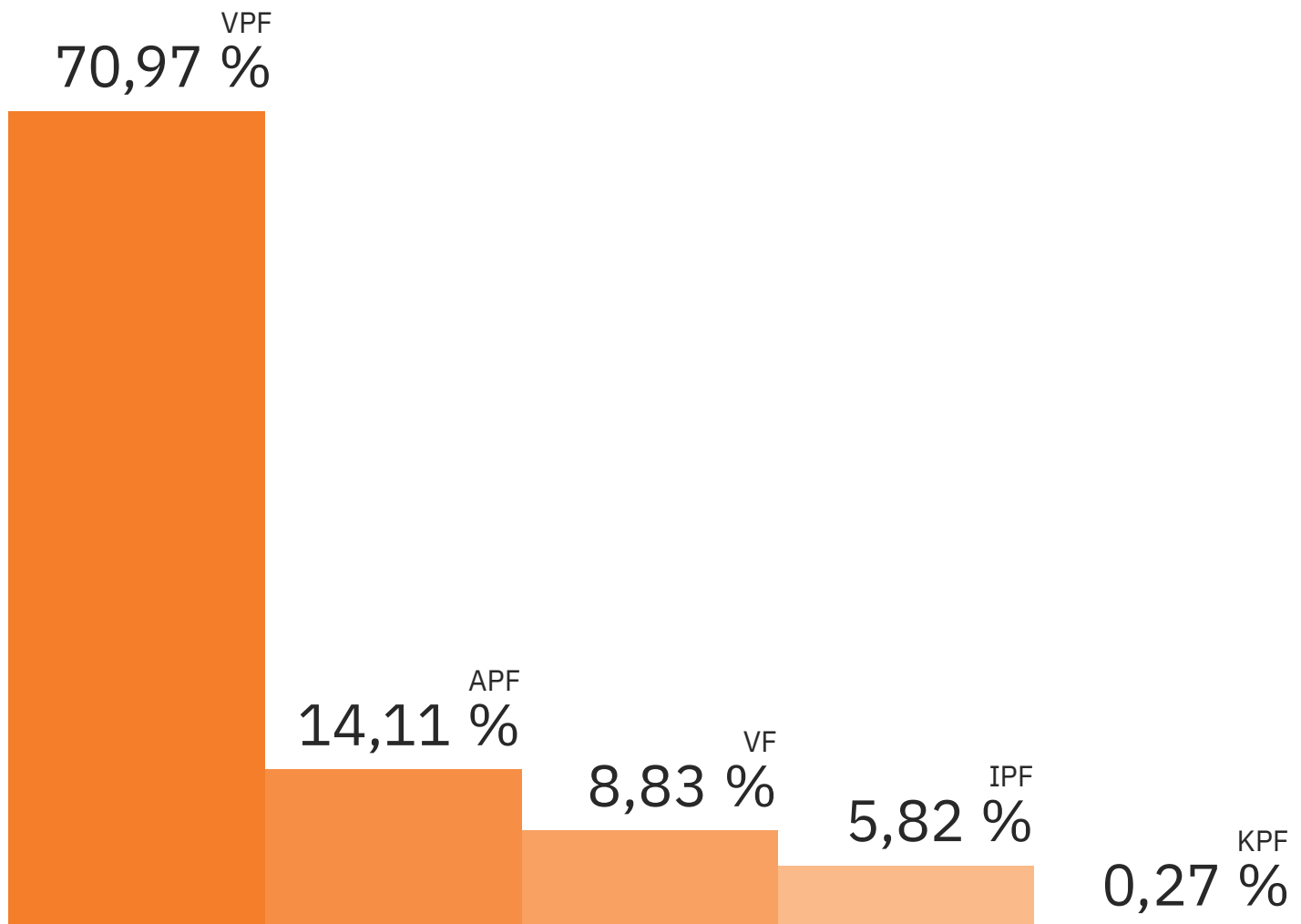
1.2 Informationen über die Lage des Unternehmens

Das Gesamtvolumen der verwalteten Fondsvermögen stieg im Jahresvergleich um 12,55 % und erreichte einen Wert von 528,8 Mio. Euro. Der größte Vermögensbestand entfiel mit 70,97 % des Gesamtvermögens auf den stabilita vyvážený príspevkový d.d.f., STABILITA, d.d.s., a. s. (im Folgenden „Vyvážený d.d.f.“), und zwar 70,97 % des Gesamtvermögens, im Vermögen von stabilita akciový príspevkový d.d.f., STABILITA, d.d.s., a. s. (im Folgenden „Aktien-d.d.f.“) 14,11 % des Gesamtvermögens, im Besitz von Stabilita indexierter beitragspflichtiges d.d.f., STABILITA, d.d.s., a. s. (im Folgenden „Indexiertes d.d.f.“) 5,82 % des Gesamtvermögens, im Vermögen von Stabilita konzervatívny príspevkový d.d.f., STABILITA, d.d.s., a. s. (im Folgenden „Konzervatívny d.d.f.“) 0,27 % des Gesamtvermögens und im Vermögen von stabilita výplatný d.d.f., STABILITA, d.d.s., a. s. (im Folgenden „Výplatný d.d.f.“) 8,83 % des Gesamtvermögens.

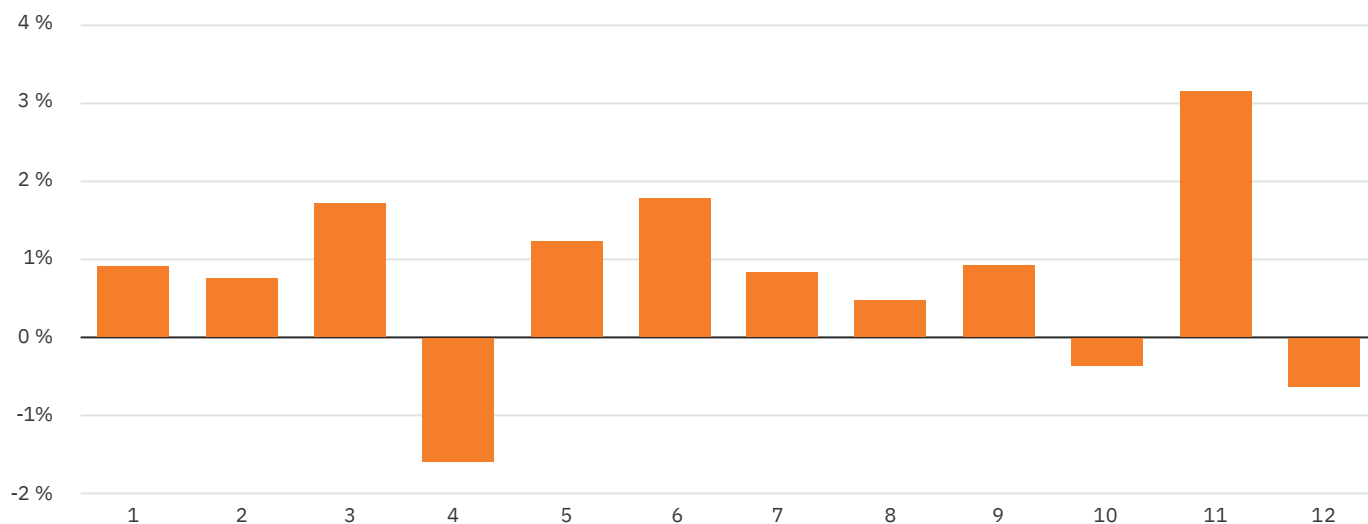
Nettovermögenswert der Fonds zum 31.12.2024

Ausgeglicher d.d.f.	Auszahlungs-d.d.f.	Aktien-d.d.f.	Indexierter d.d.f.	Konservativer d.d.f.	Σ
375 261 321	46 700 639	74 593 447	30 794 164	1 416 865	528 766 437

Anteil der einzelnen Fonds am Gesamtnettovermögen der Gesellschaft Stabilita, d.d.s. a. s. zum 31.12.2024



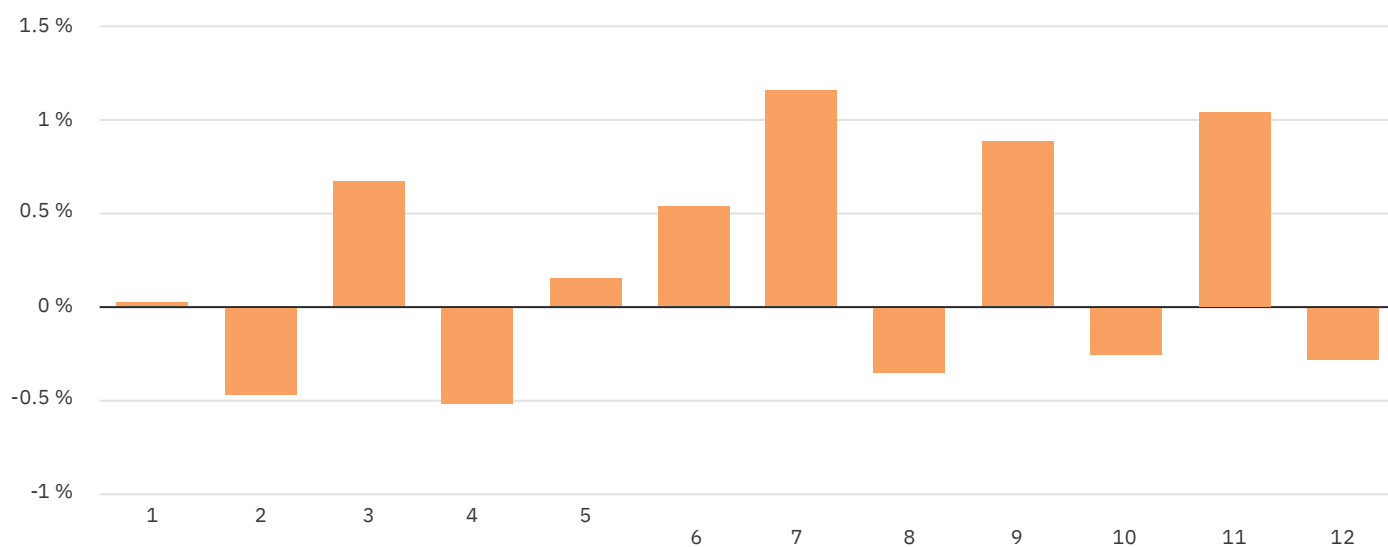
Monthly performance development of VPF



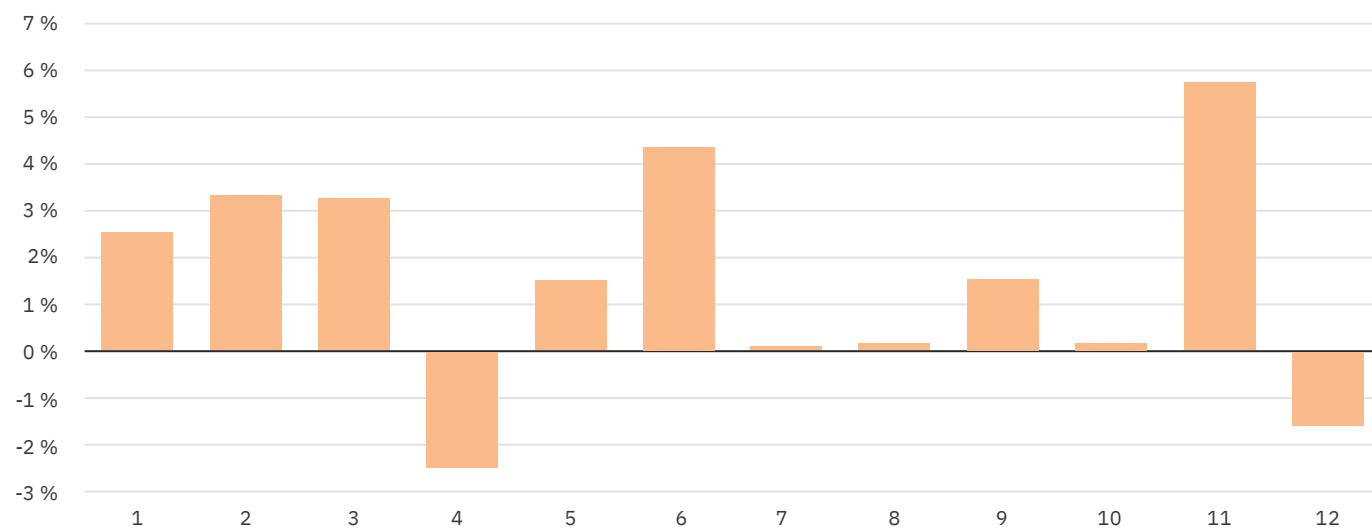
Monthly performance development of APF



Monthly performance development of VF



Monthly performance development of IPF



Monthly performance development of KPF



Vergleich der Wertentwicklung von Zusatzrentenfonds

Größte beitragspflichtige Zusatzrentenfonds

DDS/FOND	Datum Erstellung des Fonds	2020	2021	2022	2023	2024	Aus dem Fonds bis 31.12.2024
Ausgeglichener Beitrag d. d. f. NN Tatry - Sympatia, d.d.s., a.s.	01. 02. 2006	1,87 %	5,47 %	16,13 %	11,16 %	10,01 %	1,65 %
Beitragszusatz Rentenfonds UNIQA d.d.s., a.s. beitragspflichtiger d.d.f.	15. 02. 2006	1,53 %	3,08 %	-10,55 %	6,41 %	7,45 %	1,64 %
Zusatzrentengesellschaft Tatra banka, a.s., Comfort Ufe 2030 Beitrag d.d.f.	10. 04. 2006	4,07 %	5,22 %	-8,47 %	6,23 %	5,28 %	1,55 %
STABILITA ausgewogener Beitrag d.d.f., STABILITA, d.d.s., a.s.	02. 04. 2007	2,08 %	2,46 %	-11,09 %	10,33 %	9,41 %	1,96 %

Die Entwicklung im Bereich der Akquisition neuer Teilnehmerverträge war positiv. Im Laufe des Jahres schloss das Unternehmen 8.320 Teilnehmerverträge (einschließlich Vertragsverlängerungen) abgeschlossen. Eine wichtige Grundlage für neue Teilnehmerverträge bildeten die neu unter Vertrag genommenen Arbeitgeber. Im Jahr 2024 wurden insgesamt 274 neue Arbeitgeberverträge abgeschlossen, deren Gesamtzahl zum 31.12.2024 8142 betrug.

Im Rahmen der vier Unternehmen, die in der Slowakei eine Zusatzrentenversicherung anbieten, waren zum dritten Säule insgesamt 1 032 199 Teilnehmer eingeschrieben, wobei die Verteilung der Teilnehmer in der folgenden Grafik dargestellt ist (*Anmerkung: Die Angaben beziehen sich auf die anhand der Personalausweisnummer registrierten Teilnehmer*).

Anzahl der Teilnehmerverträge in den einzelnen DDS

NN Tatry - Sympatia, d.d.s., a.s.	452 865
Zusatzrentengesellschaft Tatra banka, a.s.	327 022
STABILITA, d.d.s., a.s.	127 931
UNIQA, d.d.s., a.s.	124 381

Kennzahlen des Unternehmens gemäß den internationalen Rechnungslegungsstandards

Posten	Jahr 2024	Jahr 2023 (angepasst)	Jahr
Gesamter erzielter Umsatz	9 782 976	5 172 601	4 779 750
Gewinn nach Ertragsteuern	3 715 610	516 402	457 824
Eigenkapitalrendite	36,99 %	4,73 %	4,27 %
Gesamtkapitalrendite	29,20 %	4,00 %	3,51 %

1.3 Besondere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die Hauptversammlung vom 31. März 2025 hat die Ausschüttung einer Dividende an die Aktionäre in Höhe von insgesamt 80 Euro pro Aktie genehmigt. Aktie. Der Gesamtbetrag der Dividenden beträgt 4.000.000 EUR. Die Fälligkeit der Dividenden ist der 30. April 2025.

Die Gesellschaft IAD Investments, správcovská spol., a.s. hat am 28.11.2024 einen Aktienkaufvertrag mit der Gesellschaft KOOPERATIVA poisťovňa, a.s. Viena Insurance Group, auf der Grundlage derer sie an die Gesellschaft KOOPERATIVA 5.000 Stück Stammaktien der Gesellschaft STABILITA, d.d.s., a.s., die auf den Namen lauten und in verbuchter Form, mit einem Nennwert von 33,20 Euro pro Aktie, ISIN SK1110012764, die 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft STABILITA. Die Abwicklung der genannten Transaktion erfolgte am 9. Januar 2025.

Abgesehen von den oben genannten Tatsachen sind nach dem Bilanzstichtag keine wesentlichen Ereignisse eingetreten.

1.4 Informationen über die voraussichtliche zukünftige Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft

STABILITA, d.d.s., a.s., ist das zweitälteste Unternehmen auf dem Markt für Zusatzrentensparen und gleichzeitig das einzige Unternehmen, das keiner Finanzgruppe angehört und seinen Kunden ausschließlich Produkte der Zusatzrentensparung an. In einem anspruchsvollen Wettbewerbsumfeld bleibt daher die Notwendigkeit, die Bekanntheit der Marke zu erhalten und ihre Positionierung zu stärken, eine große Herausforderung.

Um dieses Ziel schrittweise zu erreichen, plant das Unternehmen, sich im Jahr 2025 auf die Kommunikation zu konzentrieren Präsentation des Unternehmens als starker, bewährter und stabiler Bestandteil des Rentensystems mit einem Vierteljahrhundert langen . Gerade im Jahr 2024 hat das Unternehmen eine Webanwendung zum Hochladen von Teilnehmerverträgen eingeführt, die den Bereich des Vertriebs zur Gewinnung neuer Kunden erheblich den Bereich der Neukundengewinnung erheblich gestärkt hat. Wir legen besonderen Wert auf die Kommunikation mit den Kunden, nicht nur auf den Aufbau gegenseitigen Vertrauens, sondern auch auf die Aufklärung und Verbesserung der Finanzkompetenz.

Die strategischen Entwicklungsbereiche des Unternehmens betreffen vor allem die Verbesserung des Kundenportfolio-Managements, der Implementierung neuer kundenorientierter Lösungen und der schrittweisen Digitalisierung der Dienstleistungen.

2.1 Informationen zu den Aufwendungen für Forschung und Entwicklung

Das Unternehmen hat im Laufe des Jahres 2024 keine Aufwendungen für Forschung und Entwicklung getätigt.

2.2 Informationen über den Erwerb eigener Aktien und Geschäftsanteile

Die Gesellschaft hat im Jahr 2024 keine eigenen Aktien, vorübergehende Wertpapiere, Geschäftsanteile und Aktien in ihr Portfolio aufgenommen und damit § 20 Absatz 1 Buchstabe e) des Gesetzes 431/2002 Zb. über die Rechnungslegung nicht erfüllt.

Auswirkungen auf die Umwelt

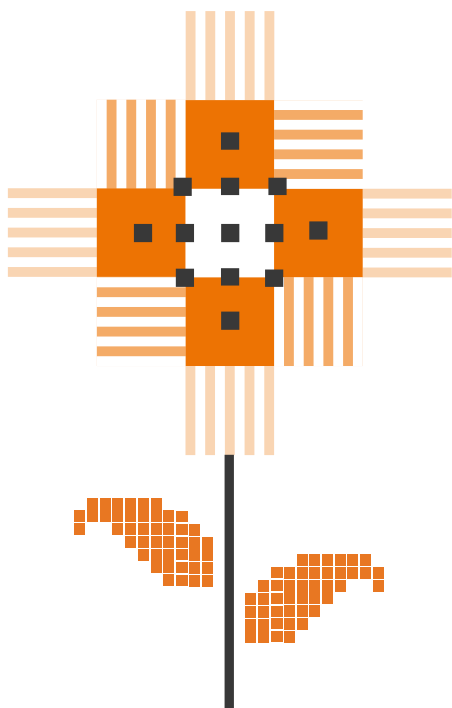
Das Unternehmen weist keine Aktivitäten aus, die negative Auswirkungen auf die Umwelt haben könnten.

Wir sind uns der Bedeutung nachhaltiger Investitionen voll bewusst. Bedeutung nachhaltiger Investitionen. Das Unternehmen hat im Sinne von Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 7 Absatz 2 der Verordnung über die Offenlegung von Informationen über Nachhaltigkeit (Sustainable Finance Disclosure Regulation) noch die negativen Auswirkungen von Investitionsentscheidungen in Bezug auf Nachhaltigkeitsfaktoren, insbesondere aufgrund der geringen Auswirkungen, die sich aus ihrer Größe, Art und Umfang ihrer Geschäftstätigkeit.

Das Unternehmen schließt nicht aus, dass seine Anlageentscheidungen Nachhaltigkeitsfaktoren berücksichtigen können. Die Situation auf dem Finanzmarkt wird laufend beobachtet. Sollte sich herausstellen, dass eine Erklärung zur Politik im Bereich der Sorgfaltspflicht in Bezug auf die Auswirkungen von Investitionsentscheidungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren überwiegen würde, wird die Gesellschaft nicht ausschließen, dass sie, ihre Vorgehensweise zu überdenken und die Auswirkungen ihrer Anlageentscheidungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren angemessen.

Informationen gemäß Artikel 7 der Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 zur Schaffung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088 (Taxonomie Verordnung Verordnung):

Bei den zugrunde liegenden Investitionen dieses Finanzprodukts werden die Kriterien für nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten berücksichtigt.



3.1 Vorschlag zur Gewinnverteilung der STABILITA d.d.s., a. s. für das Jahr 2024

Posten	Wert in Euro
Ergebnis für das Jahr 2024	3 715 610,00
Nicht ausgeschütteter Gewinn aus früheren Jahren	3 158 076,13
Gesamt	6 873 686,13
Gewinnverteilung an die Aktionäre der Gesellschaft	-4 000 000,00

Am 31. März 2025 hat die Hauptversammlung diesen Gewinnverteilungsvorschlag genehmigt.

3.2 Angaben gemäß besonderen Vorschriften

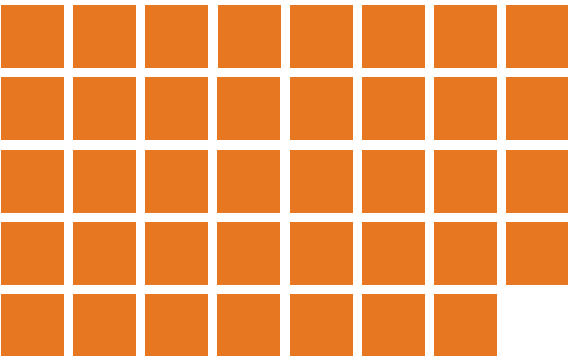
Die Gesellschaft übt ihre Tätigkeit auf der Grundlage des Gesetzes 650/2004 Z.z. über die Zusatzrentenversicherung und zur Änderung und Ergänzung einiger Gesetze in der Fassung späterer Rechtsvorschriften, der keine besonderen Anforderungen an die im Jahresbericht zu veröffentlichenden Angaben und Informationen.

3.3 Angaben zur ausländischen Organisationseinheit

Die Gesellschaft hat keine im Ausland registrierte Buchhaltungseinheit.

Auswirkungen auf die Beschäftigung

Zum 31. Dezember 2024 beschäftigte die Gesellschaft 39 Mitarbeiter.



Individuelle Berichterstattung über Nachhaltigkeit

Als Unternehmen von öffentlichem Interesse mit 39 Mitarbeitern zum 31. Dezember 2024 übt die Gesellschaft keine Tätigkeiten aus, die einen wesentlichen Einfluss auf die Umwelt, die Gesellschaft und die Beschäftigung haben könnten, und veröffentlicht auch keine Informationen über die Bekämpfung von Korruption und Bestechung gemäß § 20 Absatz 9 des Gesetzes, da die Anzahl der Mitarbeiterzahl von 500 nicht überschritten wird, wie im obigen Absatz angegeben.

Übersicht der Kosten, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Tätigkeitsbereichen des Unternehmens

Posten	Jahr	Jahr 2023 (angepasst)
Materialkosten	142 166	192 854
Kosten für Vergütungen und Provisionen	468 582	444 042
Dienstleistungen	1 179 064	1 109 964
Personalaufwand	2 448 609	2 216 937
Abschreibungen	332 918	303 830
Ertragsteueraufwand	1 197 505	142 290
Sonstige betriebliche Aufwendungen	298 522	246 282
Gesamt	6 067 366	4 656 199

Anhang zum bericht des unabhängigen zum jahresbericht zum teil bericht zu den angaben, die im jahresbericht enthalten sind 31. dezember 2024

erstellt in Übereinstimmung mit den Internationalen
Rechnungslegungsstandards in der von der Europäischen
Union (EU) übernommenen Fassung



STABILITA, d.d.s., a.s.

E8CB9F14860199A0DA9F351958CA9FD9

UNABHÄNGIGER
PRÜFUNGSBERICHT

An die Aktionäre, den Aufsichtsrat und den Vorstand der Gesellschaft STABILITA, d.d.s., a.s. sowie den Prüfungsausschuss:
BERICHT ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Stellungnahme

Wir haben den Jahresabschluss der Gesellschaft STABILITA, d.d.s., a.s. (im Folgenden „Gesellschaft“), bestehend aus die Bilanz zum 31. Dezember 2024, die Gewinn- und Verlustrechnung, die Eigenkapitalveränderungsrechnung und die die Kapitalflussrechnung für das an diesem Datum endende Geschäftsjahr sowie den Anhang mit wesentlichen Angaben über die Rechnungslegungsgrundsätze und -methoden.

Nach unserer Auffassung vermittelt der beigefügte Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie über die Ergebnisse ihrer Geschäftstätigkeit und die Cashflows für das zu diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den Internationalen Rechnungslegungsstandards, wie sie von der Europäischen Union (EU) übernommen wurden.
Grundlage für die Stellungnahme

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der Internationalen Prüfungsstandards durchgeführt. Unsere Verantwortung gemäß diesen Standards ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ näher beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft gemäß den Bestimmungen des Gesetzes Nr. 423/2015 z. z. über die gesetzliche Abschlussprüfung und zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes Nr. 431/2002 Z. z. über die Rechnungslegung in der Fassung späterer Vorschriften, in der gültigen Fassung (im Folgenden „Gesetz über die gesetzliche Abschlussprüfung“), die sich auf Unabhängigkeit und Ethik einschließlich des Ethikkodex für Abschlussprüfer, die für unsere Prüfung des Jahresabschlusses relevant sind, und haben auch die sonstigen Anforderungen dieser Bestimmungen in Bezu auf die Ethik erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil.

Wesentliche Prüfungssachverhalte

Wesentliche Prüfungssachverhalte sind Sachverhalte, die nach unserer fachlichen Beurteilung bei der Prüfung des Jahresabschlusses für die Berichtsperiode am wichtigsten sind. Wir haben diese Sachverhalte im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses als und bei der Formulierung unseres Prüfungsurteils darüber, aber wir geben zu diesen Sachverhalt keine gesonderte Stellungnahme ab.

Beschreibung der schwerwiegendsten bewerteten Risiken wesentlicher Fehler, einschließlich der bewerteten Risiken für wesentliche aufgrund von Betrug	Zusammenfassung unserer Reaktion auf die Risiken
Modell der zeitlichen Abgrenzung von Vermittlungsprovisionen Siehe Anmerkung Nr. 3 zum Jahresabschluss	
Die Gesellschaft abgrenzt die Anschaffungskosten für den Abschluss von Verträgen mit Teilnehmern für den Abschluss von Verträgen mit Teilnehmern Der Vermögenswert aus abgegrenzten Anschaffungskosten entstehen, den Teil der gezahlten Provisionen für die Vermittlung, der zukünftigen Perioden während der Laufzeit des Teilnehmervertrags zukommt. Die Gesellschaft unterscheidet diese Kosten während der der voraussichtlichen Laufzeit der Verträge mit den einzelnen Sparvertragspartnern.	Wir haben die Wirksamkeit des Entwurfs und der Umsetzung Kontrollverfahren des Unternehmens, das auf die jährliche Überprüfung der Genauigkeit des Modells zur zeitlichen Unterscheidung der Kosten für den Erwerb von Teilnehmerverträgen Verträge und die Aktualität der verwendeten Eingaben. Außerdem haben wir folgende Verfahren durchgeführt: 1) Wir haben die Übereinstimmung der verwendeten Methodik mit den Anforderungen der einschlägigen Rechnungslegungsstandards 2) Wir haben die Angemessenheit der wesentlichen Schätzungen und Annahmen, die vom Management bei der Schätzung der erwarteten Laufzeit der Beteiligungsverträge

Der zeitlich nicht abgegrenzte Teil der Kosten für die Beschaffung³⁾ der Beteiligungsverträge weist das Unternehmen unter dem Posten „Beschaffungskosten für aktive Verträge“ aus. Die aufgrund der zeitlichen Abgrenzung werden unter dem Posten „Kosten für Vergütungen und Provisionen“

Wir haben die Richtigkeit des mathematischen Modells und der wesentlichen Eingaben, die zur Berechnung der Abschreibungskoeffizienten für die einzelnen Jahre

Die voraussichtliche Laufzeit der der Beteiligungsverträge und der Abschreibungskoeffizienten für einzelne Jahre erfordert von der Geschäftsführung eine erhebliche Ermessensentscheidung. Dieser Sachverhalt wurde daher als wesentlicher Prüfungspunkt identifiziert.

4) Die resultierenden Abschreibungskoeffizienten haben wir mit den verfügbaren historischen Daten zum Stand der Rentenkonten der Sparer verglichen.

5) Wir haben die Höhe der gezahlten Provisionen und die zeitlich abgegrenzte Kosten, die von der Gesellschaft im Jahr 2024 ausgewiesenen Provisionen und

Zum 31. Dezember 2024 beträgt der Saldo des oben genannten Vermögenswerts 4.452 Tsd. EUR. Die damit verbundenen Aufwendungen für das Jahr 2024 belaufen sich auf 469 Tsd. EUR.

Verantwortung des gesetzlichen Organs und der mit der Verwaltung beauftragten Personen für den Jahresabschluss

Das statutarische Organ der Gesellschaft ist verantwortlich für die Erstellung und wahrheitsgemäße Darstellung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung den Internationalen Rechnungslegungsstandards in der von der EU angenommenen Fassung und für die internen Kontrollen, für die Erstellung des Jahresabschlusses als notwendig erachtet, damit dieser keine wesentlichen falschen Angaben enthält, sei es aufgrund von Betrug oder Fehlern.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses ist das statutarische Organ für die Bewertung der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung ihrer Tätigkeit fortzusetzen, für die Beschreibung der Fakten, die sich auf die Fortführung der Tätigkeit beziehen, sofern dies erforderlich ist erforderlich, und für die Anwendung der Annahme der Fortführung der Geschäftstätigkeit in der Rechnungslegung, es sei denn, er beabsichtigt, das Unternehmen zu liquidieren oder seine Tätigkeit einzustellen, oder keine andere realistische Möglichkeit hat, dies zu tun.

Die mit der Verwaltung betrauten Personen sind für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft verantwortlich.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Verantwortung ist es, mit angemessener Sicherheit festzustellen, dass der Jahresabschluss insgesamt keine wesentlichen Unrichtigkeiten, sei es aufgrund von Betrug oder Fehlern, und einen Bestätigungsvermerk mit unserem Prüfungsurteil abzugeben. Eine angemessene Prüfung stellt ein hohes Maß an Sicherheit dar, ist jedoch keine Garantie dafür, dass eine nach den Internationalen Prüfungsstandards durchgeführte Prüfung immer alle wesentlichen falschen Angaben aufdeckt. Fehler können aufgrund von Betrug oder Fehlern entstehen und gelten als wesentlich, wenn sie einzeln oder in ihrer Gesamtheit die wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten, die auf der Grundlage dieser Jahresrechnung getroffen werden, beeinflussen.

Im Rahmen einer Prüfung nach den Internationalen Prüfungsstandards wenden wir unser fachliches Urteilsvermögen an und wahren während der gesamten Prüfung professionelle Skepsis. Darüber hinaus

- Identifizieren und bewerten wir die Risiken wesentlicher Falschdarstellungen des Jahresabschlusses, sei es aufgrund von Betrug oder Fehler, planen und führen Prüfungshandlungen durch, die diesen Risiken angemessen sind, und erlangen Prüfungsnachweise die ausreichend und angemessen sind, um eine Grundlage für den Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers zu bilden. Das Risiko, dass wesentliche aufgrund von Betrug ist höher als das Risiko aufgrund von Fehlern, da Betrug geheime Absprachen, Fälschungen, vorsätzliche Auslassungen, falsche Angaben oder die Umgehung interner Kontrollen umfassen.
- Wir machen uns mit den für die Prüfung relevanten internen Kontrollen vertraut, um Prüfungshandlungen vorschlagen zu können, die, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht, um eine Meinung zur Wirksamkeit der internen Kontrollen des Unternehmens abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und -methoden sowie die Angemessenheit der Schätzungen und der damit zusammenhängenden Informationen, die vom gesetzlichen Organ veröffentlicht wurden.
- Wir geben eine Schlussfolgerung darüber ab, ob das statutarische Organ den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der und auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise eine Schlussfolgerung darüber, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit, die die Fähigkeit des Unternehmens, seine Geschäftstätigkeit fortzuführen, wesentlich beeinträchtigen könnten. Fortführung ihrer Tätigkeit in Frage stellen könnten. Wenn wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem in unserem Bestätigungsvermerk auf die entsprechenden Angaben im Jahresabschluss hinzuweisen oder, wenn diese Angaben unzureichend sind, unseren Bestätigungsvermerk zu modifizieren. Unsere Schlussfolgerungen basieren jedoch auf den Prüfungsnachweisen, die wir im Rahmen unserer Prüfung erhalten haben, unseren Bestätigungsvermerk einschränken. Unsere Schlussfolgerungen basieren jedoch auf den Prüfungsnachweisen, die wir bis zum Zeitpunkt der Abgabe unseres Bestätigungsvermerks. Zukünftige Ereignisse oder Umstände können jedoch dazu führen, dass das Unternehmen ihre Geschäftstätigkeit nicht fortzusetzen.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, die Struktur und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der veröffentlichten Informationen sowie die ob des Jahresabschlusses die getätigten Transaktionen und Ereignisse wahrheitsgetreu darstellt.

Wir kommunizieren mit den mit der Verwaltung beauftragten Personen unter anderem über den geplanten Umfang und den Zeitplan der Prüfung und über wesentliche Feststellungen der Prüfung, einschließlich aller wesentlichen Mängel der internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung festgestellt werden.

Wir erklären den mit der Verwaltung beauftragten Personen, dass wir die für die Unabhängigkeit geltenden ethischen Anforderungen erfüllt haben in Bezug auf die Unabhängigkeit erfüllt haben, und teilen ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte mit, die begründeterweise davon ausgehen können, dass sie unsere Unabhängigkeit beeinträchtigen, sowie über etwaige Maßnahmen, die zur Beseitigung der Beeinträchtigung oder über die getroffenen Schutzmaßnahmen.

Aus den den mit der Verwaltung beauftragten Personen mitgeteilten Sachverhalten ermitteln wir diejenigen, die für die Prüfung des aktuellen Berichtszeitraums und daher für die Prüfung von wesentlicher Bedeutung sind. Diese Sachverhalte werden in unserer Prüfungsbericht, sofern deren Veröffentlichung nicht durch Gesetze oder andere Rechtsvorschriften ausgeschlossen ist oder wir in äußerst seltenen Fällen, dass ein bestimmter Sachverhalt in unserem Bericht nicht erwähnt werden sollte, weil vernünftigerweise davon auszugehen ist zu erwarten ist, dass die nachteiligen Folgen einer Aufnahme die Vorteile für die Öffentlichkeit überwiegen würden.

BERICHT ZU WEITEREN ANFORDERUNGEN VON GESETZEN UND ANDEREN RECHTSVORSCHRIFTEN

Bericht zu den im Jahresbericht enthaltenen Informationen

Der gesetzliche Vertreter ist für die Angaben im Jahresbericht verantwortlich, der gemäß den Anforderungen des Rechnungslegungsgesetzes Rechnungslegungsgesetz Nr. 431/2002 in der jeweils gültigen Fassung (im Folgenden „Rechnungslegungsgesetz“) erstellt wurde. Unsere oben genannte Stellungnahme zum Jahresabschluss erstreckt sich nicht auf andere im Jahresbericht enthaltene Informationen.

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses ist es unsere Aufgabe, uns mit den im Jahresbericht enthaltenen Informationen zu prüfen und zu beurteilen, ob diese Informationen nicht in wesentlichem Widerspruch zum Jahresabschluss oder unseren Kenntnissen über das Unternehmen und seine Lage, die wir während der Prüfung des Jahresabschlusses erworben haben, oder ansonsten wesentlich unrichtig erscheinen.

Der Jahresbericht lag uns zum Zeitpunkt der Abgabe des Bestätigungsvermerks zum Jahresabschluss nicht vor.

Sobald wir den Jahresbericht erhalten haben, werden wir prüfen, ob der Jahresbericht der Gesellschaft die Informationen enthält, deren Angabe, und auf der Grundlage der bei der Prüfung des Jahresabschlusses durchgeführten Arbeiten äußern wir uns dazu, ob die im Jahresbericht für das Jahr 2024 enthaltenen Informationen mit dem Jahresabschluss für dieses Jahr übereinstimmen, der Jahresbericht die nach dem Rechnungslegungsgesetz erforderlichen Angaben enthält.

Darüber hinaus geben wir an, ob wir aufgrund unserer Kenntnisse über die Gesellschaft und ihre Lage, die wir während der Prüfung des Jahresabschlusses erworben haben.

Weitere Mitteilungspflichten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über besondere Anforderungen an die Abschlussprüfung von Unternehmen von öffentlichem Interesse

Ernennung des Abschlussprüfers

Wir wurden am 13. Mai 2024 vom Aufsichtsrat der Gesellschaft zum Abschlussprüfer bestellt. Gesamtdauer Dauer unseres Auftrags, einschließlich früherer Verlängerungen (Verlängerung der ursprünglichen Bestellung) bestellt wurden) und unserer Wiederbestellungen als gesetzliche Abschlussprüfer beträgt 9 Jahre.

Übereinstimmung mit dem zusätzlichen Bericht für den Prüfungsausschuss

Unser in diesem Bericht abgegebener Bestätigungsvermerk steht im Einklang mit dem Zusatzbericht für den Prüfungsausschuss, den wir am 11. März 2025 veröffentlicht haben.

Nicht prüfungsbezogene Dienstleistungen

Wir haben für das Unternehmen keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen gemäß Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über besondere Anforderungen an die gesetzlichen Abschlussprüfungen von Unternehmen, die im öffentlichen Interesse stehen, erbracht.

Parlament und des Rates (EU) Nr. 537/2014 vom 16. April 2014 über besondere Anforderungen an die Abschlussprüfung von Unternehmen von öffentlichem Interesse, und wir waren bei der Durchführung der Prüfung von dem Unternehmen unabhängig

Außer den gesetzlichen Prüfungsleistungen und den im Jahresbericht oder im Jahresabschluss veröffentlichten Leistungen haben wir für das Unternehmen und die Unternehmen, auf die das Unternehmen einen beherrschenden Einfluss ausübt, keine weiteren Dienstleistungen erbracht.

Bratislava 18. marca 2025



Ing. Peter Longauer, FCCA
Deloitte Audit s.r.o.

Lizenz UDVAČ. 1136
Im Namen der Gesellschaft
Deloitte Audit s.r.o.

Inhalt

Finanzlage zum 31. Dezember 2024.....	3
Gesamtergebnisrechnung für das am 31. Dezember 2024 endende Geschäftsjahr.....	4
Eigenkapitalveränderungsrechnung für die 12 Monate bis zum 31. Dezember 2024	5
Eigenkapitalveränderungsrechnung für die 12 Monate bis zum 31. Dezember 2023	5
Kapitalflussrechnung für die 12 Monate bis zum 31. Dezember 2024	6
Anhang zum Jahresabschluss für den Zeitraum vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024.....	7
(A) Allgemeine Informationen zum Unternehmen	7
(B) Angewandte Rechnungslegungsgrundsätze und Rechnungslegungsmethoden.....	13
(C) Anmerkungen zu den einzelnen Posten der Unternehmensabschlüsse	22
(1) Immaterielle Vermögenswerte – Zusammenfassung der Bewegungen für das am 31.12.2024 endende Geschäftsjahr.....	23
(2) Sachanlagen – Zusammenfassung der Bewegungen für das am 31.12.2024 endende Geschäftsjahr.....	23
(3) Zeitlich abgegrenzte Kosten für den Erwerb von Verträgen.....	24
(4) Forderungen aus latenten Ertragsteuern.....	24
(5) Barmittel und Barmitteläquivalente.....	25
(6) Forderungen gegenüber Banken.....	25
(7) Forderungen gegenüber verwalteten Zusatzrentenfonds.....	25
(8) Steuerforderungen.....	26
(9) Struktur der sonstigen kurzfristigen Vermögenswerte	26
(10) Kurzfristige Leasingverbindlichkeiten.....	26
(10a) Kurzfristige Verbindlichkeiten aus Leasing.....	26
(11) Reserven für das Treueprogramm	26
(12) Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer	27
(13) Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten.....	28
(14) Verbindlichkeiten aus fälligen Einkommensteuern und Sonderabgaben.....	29
(15) Grundkapital.....	29
(15a) Aus Gewinnen gebildete Fonds.....	29
(16) Nicht ausgeschütteter Gewinn	29
Beschreibung der Posten der Gewinn – und Verlustrechnung	30
(17) Erträge aus Entgelten und Provisionen	30
(18) Kosten für Vergütungen und Provisionen.....	30
(19) Personalkosten	30
(20) Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	30
(21) Sonstige betriebliche Erträge	30
(22) Sonstige Betriebskosten.....	31
(23) Finanzielle Einnahmen	31
(24) Finanzielle Aufwendungen	31
(25) Einkommenssteuer.....	31
(D) Übersicht über die bedingten Aktiva und Passiva.....	33
(F) Angaben zu nahestehenden Parteien.....	34
(G) Angemessenheit der Eigenmittel.....	34
(H) Risikomanagement.....	35
(I) Mieten – IFRS 16	36
(J) Informationen zu Ereignissen nach dem Bilanzstichtag	37

Finanzlage zum 31.12.2024
(Angaben in der Tabelle in EUR)

Posten	Pos.	31.12.2024	31.12.2023 angepasst	01.01.2023 angepasst
VERMÖGEN	x	x	x	x
Nicht liquide Vermögenswerte	x	5883234	5539788	5229164
Langfristige immaterielle Vermögenswerte	(1)	560325	551 270	635103
Langfristige Sachanlagen	(2)	594 174	723 022	567103
Zeitlich abgegrenzte Kosten für den Erwerb von Verträgen	(3)	4 451 850	3 930 354	3727825
Forderungen aus latenten Ertragsteuern	(6)	276 885	335142	299133
Umlaufvermögen		6195190	7 825497	7 503394
Barmittel und Barmitteläquivalente	(5)	5176487	1 281 773	675 893
Forderungen gegenüber Banken	(6)	-	5 965 349	6207 811
Forderungen gegenüber verwalteten d.d.fonds	(7)	826472	476 034	394264
Steuerforderungen	(8)	-	38 387	158 324
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	(9)	192 231	63954	67102
Gesamtvermögen	x	12.078.427	13.365.286	12 732 558
VERBINDLICHKEITEN UND EIGENES VERMÖGEN	X			
Langfristige Verbindlichkeiten	x	999018	1097 166	1178470
Langfristige Leasingverbindlichkeiten	(10)	249 509	346481	401 968
Rückstellungen für Treueprogramm	(11)	493 301	487 038	482 408
Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer	(12)	256208	263 647	294 094
Kurzfristige Verbindlichkeiten	x	2177207	1 081 530	883900
Kurzfristige Verbindlichkeiten aus Leasing	10a	99708	88 281	96 265
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(13)	135229	101 045	96 263
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	13a	1 001 262	892204	691 372
Verbindlichkeiten aus fälligen Einkommensteuern und Sonderabgaben	(14)	941 008	0	-
Eigenkapital insgesamt:	x	8902202	11 186590	10 670188
Gezeichnetes Grundkapital	(15)	1 66000	1 660000	1 660 000
Aus Gewinnen gebildete Fonds	15	332000	332000	332 000
Sonstige Kapitalfonds		36513	36513	36513
Nicht ausgeschütteter Gewinn	(16)	6873689	9 158077	8641 675

Die Angaben auf den Seiten 11 bis 42 sind integraler Bestandteil dieser Finanzberichte.

Gesamtergebnisrechnung für das am 31. Dezember 2024 endende Geschäftsjahr
 (Angaben in der Tabelle in EUR)

Posten	Anmerkung	Jahr zum 31.12.2024	Jahr zum 31.12.2023 (angepasst)
Erträge aus Provisionsvergütungen	(17)	9.599.998	4 963 833
Aufwendungen für Vergütungen und Provisionen	(	(468 582)	(444 042)
Nettogewinn (Verlust) aus Vergütungen und Provisionen		913	4 519 791
Personalaufwand	(19)	(2448609)	(2 216937)
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	(20)	(332918)	(303 830)
Sonstige betriebliche Erträge	(21)	2276	27 730
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(22)	(1 596 390)	(1 533 504)
Finanzerträge	(23)	180 702	181 038
Finanzaufwendungen	(24)	(23 362)	(15596)
Gesamtergebnis vor Steuern	x	4913115	658692
Ertragsteuer und Sonderabgabe	(	(1 197 505)	(142 290)
Gesamtergebnis nach Steuern	x	3 715610	516 402

Die Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft entspricht der Gesamtergebnisrechnung, die Gesellschaft hat keine Posten andere Bestandteile des Gesamtergebnisses.

Die Angaben auf den Seiten 11 bis 42 sind integraler Bestandteil dieser Finanzberichte.

Eigenkapitalveränderungsrechnung für die 12 Monate bis zum 31. Dezember 2024

(Angaben in EUR)

Posten	Grundkapital Kapital	Fonds aus aus Gewinn	Sonstige Kapitalfonds Fonds	Nicht ausgeschütteter Gewinn der letzten	Rechnungsperio de Periode	Eigenkapital Eigenkapital insgesamt
Saldo zum 31.12.2023 (angepasst)	1 660 000	332 000	36 513	8 641 675	516 402	11 186 590
Gewinnverteilung für das Jahr 2023:				516 402	(516 402)	-
Dividendenausschüttung an die Aktionäre				(6 000 000)		(6 000 000)
Gewinn für das am 31.12.2024 endende Geschäftsjahr					3 715 610	3 715 610
Saldo zum 31.12.2024	1 660 000	332 000	36 513	3 158 077	3 715 610	8 902 203

Eigenkapitalveränderungsrechnung für die 12 Monate bis zum 31. Dezember 2023

(Angaben in EUR)

Posten	Grundkapital Kapital	Fonds aufgelegt Aus Gewinn	Sonstiges Kapital Fonds	Nicht ausgeschütteter Gewinn der vergangenen Jahren	Gewinn des laufenden Rechnungsperio de Periode	Eigenkapital Eigenkapital .
Saldo zum 1.1.2023 vor Anpassung	1 660 000	332 000	36 513	8 473 979	457 824	10 960 316
Anpassung im Zusammenhang mit der Änderung der Rechnungslegungsgrundsätze				(290 128)		(290 128)
Saldo zum 1.1.2023 nach Anpassung	1 660 000	332 000	36 513	8 183 851	457 824	10 670 188
Gewinnverteilung für das Jahr 2022				457 824	(457 824)	0
Gewinn für das am 31.12.2023 endende Geschäftsjahr					516 402	516 402
Saldo zum 31.12.2023	1 660 000	332 000	36 513	8 641 675	516 402	11 186 590

Die Angaben auf den Seiten 11 bis 42 sind integraler Bestandteil dieses Jahresabschlusses.

Die Eigenkapitalveränderungsrechnung wurde um eine Änderung der Rechnungslegungsgrundsätze angepasst, die auf Seite 18 näher beschrieben ist.

„Wesentliche rechnungslegungsbezogene Schätzungen“

Kapitalflussrechnung für die 12 Monate bis zum 31.12.2024
(Angaben in EUR)

Bezeichnung des Postens	Jahr zum 31.12.2024	Jahr endend 31.12.2023 (angepasst)
Gewinn vor Steuern	4 913 115	658 692
Anpassungen	(359 369)	(142 403)
Abschreibungen auf Sachanlagen	332918	303830
Veränderung der Abgrenzung der Kosten für den Erwerb von Verträgen	(521 497)	(202529)
Zinserträge oder Zinsaufwendungen und Auswirkungen von Wechselkursänderungen (+/-)	(166538)	(174448)
Veränderung des Bestands an langfristigen Rückstellungen	(1173)	(25819)
Sonstige nicht monetäre Posten	(3079)	(43437)
Veränderungen des Betriebskapitals	(335473)	126
Veränderung der Forderungen	(478716)	(78622)
Veränderung des Standes der Verbindlichkeiten	143243	205614
Ertragsteueraufwand	(159856)	32140
Netto-Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	4 058 417	675
Zinserträge	246 051	-
Ausgaben für den Erwerb von Sachanlagen	(213125)	(395923)
Einnahmen oder Ausgaben aus Forderungen gegenüber Banken (+/-)	5900000	423500
Erträge aus dem Verkauf von Anlagevermögen		2300
Netto-Cashflow aus Investitionstätigkeit	5932 926	50 577
Dividendenausschüttung	(6 000 000)	
Leasingzahlungen – Kapital	(99 708)	(120 119)
Netto-Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	(6 099 708)	(120 119)
Nettoerhöhung oder Nettoverringerung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente (+/-)	3891 634	605 880
Stand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zu Beginn des Berichtszeitraums	1 281 773	675 893
Saldo der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente am Ende des Geschäftsjahres (Anmerkung Nr. 5)	5173407	1 281 773

Die Kapitalflussrechnung wurde nach der indirekten Methode erstellt.

Die Angaben auf den Seiten 11 bis 42 sind integraler Bestandteil dieses Jahresabschlusses.

Anmerkungen
zum Jahresabschluss für den Zeitraum vom 1.1.2024 bis zum 31.12.2024

A) Allgemeine Informationen zum Unternehmen

Gegenstand

Die Zusatzrentengesellschaft STABILITA, d. d. s., a. s., (im Folgenden „Gesellschaft“), mit Sitz in Žriedlová 13, 040 01 Košice, ID-Nr. 36 718 556, USt-IdNr. 202 231 1852, eingetragen im Handelsregister des Stadtgerichts Košice I., Abteilung Sa, Einlageblatt 1407/V. Die Gesellschaft ist Rechtsnachfolgerin der Zusatzrentenkasse Stabilita. Der Hauptgegenstand der Tätigkeit der Gesellschaft ist die Einrichtung und Verwaltung von Zusatzrentenfonds zum Zwecke der Durchführung der Zusatzrentensparpläne auf der Grundlage der von der Nationalbank der Slowakischen Republik Nr. UDK-004/2006/PDDS vom 29.11.2006, die am 6.12.2006 rechtskräftig wurde. Die Gesellschaft entstand durch Umwandlung der DDP stabilita gemäß Teil 13 des Gesetzes Nr. 650/2004 z. z. über die ergänzende Altersvorsorge und über die Änderung und Ergänzung einiger Gesetze in der Fassung späterer Vorschriften (im Folgenden „Gesetz über DDS“) und gemäß Transformationsprojekt, das von der Versammlung der Gründer von DDP stabilita am 27.10.2005 genehmigt wurde. Die Gesellschaft wurde auf unbestimmte Zeit gegründet, ihr Gründungsdatum ist der 1. April 2007, sie übt ihre Tätigkeit auf dem Gebiet der Slowakischen. Die Aufsicht über die Tätigkeit der Gesellschaft übt die Nationalbank der Slowakei aus. Die Gesellschaft ist nicht unbeschränkt Gesellschafter in einer anderen Gesellschaft.

Depotstelle der Zusatzrentenfonds ist die Slovenská sporiteľňa, a.s., mit Sitz in Tomášikova 48, Bratislava, ID-Nr. 00151 653, eingetragen im Handelsregister des Stadtgerichts Bratislava I, Abteilung Sa, Einlage 601/B (im Folgenden „Depotstelle“ genannt).

Struktur der Leitungsorgane der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024:

Mitglieder des Vorstands zum 31.12.2024		Funktion	Amtsantritt	Austritt
Mgr. Jozef Salaj		Vorsitzender	01.05.2024	
Marián Melichárek		Vorsitzender	01.04.2007	30.04.2024
Ing. Martin Pivarci		Vizepräsident	30.06.2022	
Ing. Viliam Markócsy		Mitglied	01.07.2022	
Mitglieder des Aufsichtsrats zum 31.12.2024		Funktion	Eintritt in die Funktion	Ausscheiden
Ing. Ján Žačko		Vorsitzender	01.04.2007	
Ing. Ľubor Podracký		Mitglied	26.09.2007	
Ing. Stanislava Fejfarová, CSc.		Mitglied	24.06.2008	23.09.2024
Ing. Rita Markuseková		Mitglied	28.04.2022	
Ing. Lenka Vargová		stellvertretende	28.04.2022	
JU Dr. Alexander Sako		Vorsitzende	23.09.2024	
		Mitglied		
Anteil am Stammkapital in %				
Aktionäre	Identifikationsnummer des Aktionärs	Land der Registrierung des Aktionärs	31.12	zum 31.12.2023
Eisenbahn der Slowakischen Republik	31364501	Slowakische Republik	55,26	55,26
IAD Investments, správa spojení, a.s.	17330254	Slowakische Republik	44,69	44,69
ISC Group Funding, j .s. a.	7303076407	Slowakische Republik	0,02	0,05
				-
Ján Grega	7107228909	Slowakische Republik	0,03	

Angaben zur Anzahl der Mitarbeiter

Aufteilung der Mitarbeiter

Generaldirektor, Geschäftsführer, Investitionsdirektor

Mittlere Führungskräfte

Sonstige Mitarbeiter

Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter

Anzahl der Mitarbeiter zum 31.12.2024

11.2.2024	31.11.2023
12	12
24	24
39	42
39	39

Genehmigung des Jahresabschlusses für das vorangegangene Geschäftsjahr

Die Hauptversammlung hat auf ihrer Sitzung am 21.5.2024 den Jahresabschluss der Gesellschaft für das am 31.12.2024 endende Geschäftsjahr gemäß den Bestimmungen in § x Absatz 1 der Satzung der Gesellschaft für Zusatzrentenfonds und für die Gesellschaft.

Veröffentlichung des Jahresabschlusses für den vorangegangenen Zeitraum

Der Einzelabschluss der Gesellschaft zum 31.12.2023 wurde am 26.03.2024

Informationen zu Zusatzrentenfonds

Zum 31. Dezember 2024 verwaltet die Gesellschaft 5 Zusatzrentenfonds – einen ausgewogenen beitragsorientierten Zusatzrentenfonds, aktienorientierter beitragsorientierter Zusatzrentenfonds, indexorientierter beitragsorientierter Zusatzrentenfonds, konservativer beitragsabhängiger Zusatzrentenfonds und Auszahlungszusatzrentenfonds.

Der Nettoinventarwert des verwalteten Vermögens zum Bilanzstichtag ist in der Tabelle angegeben, die Angaben sind in ganzen Euro.

	Nettovermögenswert zum 31.12.2024	Nettovermögenswert zum 31.11.2023	Wirtschaftsprüfer
Stabilität			
Stabilität ausgewogener beitragsorientierter Zusatzrentenfonds	375 261 321	354 316 557	Deloitte Audit s.r.o.
Stabilität Auszahlungs-d.d.f.	46 700 639	35 709 262	Deloitte Audit s.r.o.
Stabilität aktienbasierter beitragsorientierter Pensionsfonds	74 593 447	60 957 448	Deloitte Audit s.r.o.
Stabilität indexgebundenes Beitragskapital	30 794 164	18 102 758	Deloitte Audit s.r.o.
	1 416 865	702 178	Deloitte Audit s.r.o.
Stabilität konservativer	528 766 436	469 788 203	

Die Gesellschaft gewährleistet die Buchführung und Berichterstattung für Zusatzrentenfonds getrennt von ihrer eigenen Buchhaltung und Rechnungslegung. Die von der Gesellschaft erstellten und verwalteten Zusatzrentenfonds sind keine separate Rechtssubjekte, jedoch erstellt jeder Zusatzrentenfonds einen separaten Abschluss gemäß den Bestimmungen des § 30 des Gesetzes über DDS. Das in den Zusatzrentenfonds verwaltete Vermögen ist nicht Eigentum der Gesellschaft. Die Einzelabschlüsse der Zusatzrentenfonds werden nicht in den Jahresabschluss der Gesellschaft konsolidiert. Die Gesellschaft erstellt keinen konsolidierten Jahresabschluss, da er die Voraussetzungen für eine Konsolidierung gemäß den Bestimmungen des § 22 des Gesetzes Nr. 431/2002 z. z. über die Rechnungslegung in der Fassungspäteren Vorschriften (im Folgenden „Rechnungslegungsgesetz“) erfüllt.

Stabilita vyvážený príspevkový d.d.f., STABILITA, d.d.s., a. s. (im Folgenden „Vyvážený d.d.f.“) wurde gemäß dem Gesetz über DDS zum Zweck der Verwaltung der Beiträge der Teilnehmer an der Zusatzrentenversicherung und ihrer Arbeitgeber gemäß der Anlagestrategie des Fonds zu verwalten. Die Gründung und Verwaltung von Vyvážený d.d.f. wurde durch die Entscheidung Nr. UDK-004/2006/PDDS vom 29.11.2006, die von der Nationalbank der Slowakei mit Rechtskraft zum 6.12.2006. Die Satzung des ausgewogenen d.d.f. wurde von der außerordentlichen Hauptversammlung am 3.11.2022 genehmigt, trat an diesem Tag in Kraft und wurde auf der Website der Gesellschaft veröffentlicht.

Der aktuelle Status des ausgeglichenen beitragsorientierten Pensionsfonds, der von der Hauptversammlung am 7.11.2023 genehmigt wurde, hatte aufschiebende Bedingung und betraf die Änderung des Sitzes der Gesellschaft ab dem 1. Januar 2024 sowie die Änderung des Sitzes im Handelsregister geführt beim Amtsgericht Košice, Abteilung Sa, Einlage Nummer 1470/V. Der aktualisierte Wortlaut der Satzung wird auf der Website der Gesellschaft unter www.stabilita.sk veröffentlicht.

Die Gesellschaft begann mit der Bildung einer ausgeglichenen Bilanz zum Zeitpunkt ihrer Gründung auf der Grundlage der Übertragung des entsprechenden Vermögens entsprechend dem Wert der Verbindlichkeiten der Zusatzrentenkasse gegenüber den Versicherten der Zusatzrentenkasse, gemäß dem in Teil 13 des Gesetzes über die DDS, insbesondere in den Bestimmungen § 83 Abs. 5 des Gesetzes über die DDS und in Übereinstimmung mit dem Verfahren zur Abgrenzung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der DDP Stabilita, das im Transformationsprojekt der DDP Stabilita festgelegt. Alle detaillierten Informationen zum ausgeglichenen d.d.f. sind in der Satzung

Der ausgeglichene d.d.f. wird auf unbestimmte Zeit gebildet und hat keine Rechtspersönlichkeit. Die Investition der Finanzmittel Der ausgeglichene D.d.f. ist auf zulässige Anlageformen gemäß dem Gesetz über DDS und der Satzung des Fonds ausgerichtet, die Wertsteigerung des Fondsvermögens zu erreichen. Die Anlagepolitik des ausgeglichenen D.d.f. ist ausgewogen und berücksichtigt den Zweck seiner Gründung, dessen Ziel die langfristige Wertsteigerung bei mittlerem Risiko ist. Die Politik sieht die Aufteilung des investierten Vermögens in eine Aktienkomponente, eine Anleihekomponente und eine Geldkomponente mit der Möglichkeit der Eliminierung Kredit- und Marktrisikos. Der Anleiheanteil macht den größten Teil des Vermögens des ausgewogenen d.d.f. aus. Bei der Anlage in Anleihen handelt es sich überwiegend um Anleihen von Handelsgesellschaften, Staatsanleihen, Kommunalanleihen, Anleihen von Banken und Finanzinstituten, andere Arten von Schuldverschreibungen und Anleihe-ETFs. Bei der Anlage in Aktien, Aktien-ETFs, in Aktien, in Aktien investierende ETF, in Rohstoff-ETC und in PL, schließt die Gesellschaft kein Gebiet der Welt und keinen Sektor aus Sektoren aus, d. h. das Vermögen des Vyvážený d.d.f. kann weltweit und in allen Sektoren investiert werden. Weitere Beschränkungen und Einzelheiten der Anlagepolitik ergeben sich aus den einschlägigen Rechtsvorschriften und der Satzung des Fonds.

Da die Gesellschaft bei der Vermögensverwaltung Verfahren und Instrumente im Sinne von § 53g Abs. 1 des Gesetzes über DDS verwendet, entstehen mit diesen Verfahren Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken. Bei der Anlage des Vermögens in in den ausgewogenen D.d.f. investiert, hält sie sich neben den Regeln für die Beschränkung und Verteilung, die insbesondere in den Bestimmungen der §§ 53b bis 53f des Gesetzes über die DDS, auch einige strengere Regeln ein, die in einer internen Richtlinie festgelegt sind. Diese Richtlinie den Teilnehmern und Leistungsempfängern auf Anfrage am Sitz der Gesellschaft, in ihren Zweigstellen und Geschäftsstellen zugänglich.

Stabilita akciový d.d.f., STABILITA, d.d.s., a. s. (im Folgenden „Akciový d.d.f.“)

Wurde gemäß dem Gesetz über DDS zum Zweck der Verwaltung der Beiträge der Teilnehmer an der Zusatzrentensparversicherung und ihrer Arbeitgeber gemäß der Anlagestrategie des Fonds zu verwalten. Die Gründung und Verwaltung des Aktien-d.d.f. wurde durch die Entscheidung Nr. ODT-12019/2011 vom 6.12.2011 der Nationalbank der Slowakei genehmigt.

Die Satzung der Aktiengesellschaft wurde von der außerordentlichen Hauptversammlung am 3.11.2022 genehmigt und trat an diesem Tag in Kraft und wurde auf der Website der Gesellschaft veröffentlicht. Die aktuelle Satzung der Aktiengesellschaft d.d. fond, genehmigt durch die Hauptversammlung am 7.11.2023, hatte eine aufschiebende Bedingung und betraf die Änderung des Sitzes vom 1. Januar 2024 und der Änderung des Sitzes im Handelsregister, geführt vom Stadtgericht Košice, Abt. Sa, Einlage Nr. 1470/V. Der aktualisierte Wortlaut der Satzung wird auf der Website der Gesellschaft www.stabilita.sk veröffentlicht.

Die Aktiengesellschaft d.d.f. wird auf unbestimmte Zeit gegründet und hat keine Rechtspersönlichkeit. Die Anlage der Finanzmittel erfolgt auf zulässige Anlageformen gemäß dem Gesetz über DDS und der Satzung des Fonds ausgerichtet, um eine Wertsteigerung des Vermögens im Zusatzrentenfonds zu erreichen.

Die Anlagepolitik des Aktien-D.d.f. ist auf Wachstum ausgerichtet, mit dem Ziel, eine Wertsteigerung des Vermögens auf lange Sicht bei einem höheren Risikoniveau zu erreichen. Die Politik sieht vor, das investierte Vermögen vorrangig in Aktien zu investieren, wobei Investitionen in Anleihen und Geldmarktinstrumente ergänzend sind, mit der Möglichkeit der Eliminierung von Währungs- und Marktrisiken. Der Wert der Aktienkomponente kann bis zu 100 % des Fondsvermögens erreichen. Bei Investitionen in Anleihen handelt es sich überwiegend um Anleihen von Handelsgesellschaften, Staatsanleihen, Kommunalanleihen, Anleihen von Banken und Finanzinstituten.

Institutionen, andere Arten von Schuldverschreibungen und Anleihe-ETFs. Bei Investitionen in Aktien, Aktien-ETFs, Rohstoff-ETCs und PLs, die überwiegend in Aktien investieren, schließt das Unternehmen keine Region der Welt und keinen Sektor aus in das Vermögen des Aktien-d.d.f. kann weltweit und in allen Sektoren investiert werden.

Bei Investitionen in Derivate handelt es sich insbesondere um Optionen, Termingeschäfte, IRS, CCIRS, Swaptions und Futures, wobei diese Derivate auf einem regulierten Markt oder außerhalb davon abgeschlossen werden können, zur Absicherung gegen Risiken sowie zur Erzielung von Erträgen verwendet werden und alle ohne Hebelwirkung eingesetzt werden.

Das Risikoprofil des Aktien-D.d.f. ergibt sich aus der festgelegten Anlagepolitik gemäß Čl. IV der Satzung und weist ein höheres Risiko, das mit der Anlage in Aktien, Anleihen, Geldkomponente des Vermögens und in Derivate. Die Einzelheiten der Anlagepolitik ergeben sich aus den einschlägigen Rechtsvorschriften und der Satzung des Fonds.

Da die Gesellschaft bei der Verwaltung des Vermögens des Aktien-D.d.f. Verfahren und Instrumente im Sinne von § 53g Abs. 1 des Gesetzes über DDS verwendet, entstehen mit diesen Verfahren Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken. Bei der Anlage des Vermögens des Vermögens neben den Regeln zur Begrenzung und Streuung, die insbesondere in den Bestimmungen der §§ 53b bis 53f des Gesetzes über DDS, auch einige strengere Regeln ein, die in einer internen Richtlinie festgelegt sind, die auf Anfrage am Sitz der Gesellschaft, in ihren Zweigniederlassungen und Geschäftsstellen erhältlich sind.

Stabilität Indexbeitrag d.d.f., STABILITA, d.d.s., a.s. (im Folgenden „Indexový d.d.f.“) wurde auf der Grundlage der Genehmigung durch die Entscheidung Nr. NBS1 -000-046-349, Registriernummer 100-000-217-365 vom 26.2.2020, die von der Nationalbank der Slowakei erteilt wurde und am 4.3.2020 rechtskräftig wurde. Der Index-d.d.f. wird unbestimmte Zeit und hat keine Rechtspersönlichkeit, der Status des Index-d.d.f. wurde durch eine außerordentliche Hauptversammlung am 3.11.2022 genehmigt und von den Mitgliedern des Vorstands unterzeichnet. Der aktuelle Status des Indexbeitrags d.d.f., genehmigt durch die Hauptversammlung am 7.11.2023, hatte eine aufschiebende Bedingung und betraf die Änderung des Sitzes der Gesellschaft zum 1. Januar 2024 und der Änderung des Sitzes im Handelsregister, geführt vom Stadtgericht Košice, Abt. Sa, Einlage Nr. 1470/V. Der aktualisierte Wortlaut der Satzung wird auf der Website der Gesellschaft unter www.stabilita.sk veröffentlicht.

Der Vorstand der Gesellschaft erklärt im Sinne des Gesetzes über die DDS, dass die in der Satzung angegebenen Tatsachen aktuell, vollständig und wahrheitsgemäß sind. Die Rechtsbeziehungen zwischen den Teilnehmern der Zusatzrentenversicherung und der Gesellschaft, die nicht ausdrücklich in der Satzung geregelt sind, unterliegen dem Teilnehmervertrag, dem Leistungsplan und den einschlägigen Bestimmungen der einschlägigen allgemein verbindlichen Rechtsvorschriften geregelt.

Die Anlagepolitik des Index-d.d.f. ist auf Wachstum ausgerichtet, mit dem Ziel, eine langfristige Wertsteigerung des Vermögens bei hohem Risiko. Die Politik sieht vor, das investierte Vermögen vorrangig in Aktien anzulegen, wobei die Anlage in Anleihen und Geldmarktinstrumente ergänzend erfolgt, mit der Möglichkeit, Währungs- und Marktrisiken zu eliminieren. Der Wert der Aktienkomponente kann bis zu 100 % des Fondsvermögens betragen. Die Beschränkungen und Einzelheiten der Anlagepolitik ergeben sich aus den einschlägigen Rechtsvorschriften und der Satzung.

Bei der Anlage von Vermögenswerten in Index-D.d.f. hält sich die Gesellschaft an die Regeln zur Begrenzung und Streuung, die insbesondere in den Bestimmungen der §§ 53b bis 53g des Gesetzes über DDS festgelegt sind. Kategorien von Finanzinstituten, die Gegenpartei bei Derivatgeschäften sein können, die außerhalb des regulierten Marktes im Sinne von § 53 f Abs. 2 des Gesetzes, sind in Anhang Nr. 2 der Satzung aufgeführt.

Die Gesellschaft verwaltet das Vermögen im Index-D.d.f. selbstständig, in eigenem Namen und im Interesse der Teilnehmer der Zusatzrentensparpläne, wobei das Rechnungsjahr des Index-d.d.f. dem Kalenderjahr entspricht. Das Vermögen im Index-d.d.f. ist nicht Teil des Vermögens der Gesellschaft. Das Vermögen im Index-d.d.f. und die Verwaltung dieses wird getrennt vom Vermögen und der Vermögensverwaltung in anderen Zusatzrentenfonds, die von der Gesellschaft verwaltet werden.

Die Gesellschaft bewertet das Vermögen im Index-d.d.f. auf der Grundlage der BNS-Maßnahme Nr. 180/2012 über Methoden und Verfahren zur Ermittlung des Wertes von Vermögenswerten in Pensionsfonds und Zusatzpensionsfonds. Die Gesellschaft berechnet den aktuellen Wert der Zusatzrenteneinheit und den Nettowert des Vermögens im Index-D.d.f. gemäß dem Gesetz über DDS und den internen Richtlinien der Gesellschaft unter den Bezeichnungen „Arbeitsverfahren zur Ermittlung des Wertes und der Anzahl der Zusatzrenteneinheiten und „Richtlinie zum Arbeitsablauf bei der Bewertung von Vermögenswerten in Zusatzrentenfonds und zur Ermittlung des Nettowerts des Vermögens in Zusatzrentenfonds die den Teilnehmern und Leistungsempfängern auf Anfrage am Sitz der Gesellschaft, in ihren Zweigstellen und Außenstellen.

Stabilita konzervatívny príspevkový d.d.f., STABILITA, d.d.s., a.s. (im Folgenden „Konzervatívny d.d.f.“) ist ein Pensionsfonds, der gemäß den Bestimmungen des Gesetzes Nr. 650/2004 Z.z. über die Zusatzrentensparpläne und über die Änderung und Ergänzung einiger Gesetze in der Fassung späterer Vorschriften (im Folgenden „Gesetz Nr. (650/2004 Z.z.“) von der Zusatzrentengesellschaft STABILITA, d. d. s., a. s., (im Folgenden nur „Gesellschaft“) ID-Nr. 36718556, mit Sitz in Žriedlová 13, 040 01 Košice, die durch Gründungsurkunde in Form einer notariellen Urkunde, die von der Notarin JUDr. Magdaléna Drgoňová unter der Nummer N3/2006, Nz 1079/2006, NCRIs 1071/2006 vom 12. Januar 2006 und eingetragen im Handelsregister des Bezirksgerichts Košice I, Abteilung Sa, Einlage Nr. 1407/V eingetragen. Die Gesellschaft ist Rechtsnachfolgerin der Zusatzrentenkasse stabilita, ID-Nr. 31 262 368, und entstand durch Übertragung des Vermögens dieser Gesellschaft und in Übereinstimmung mit der Abgrenzung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der der Zusatzrentenkasse zum 1.4.2007.

Die Tätigkeit der Gesellschaft bei der Verwaltung des konservativen Pensionsfonds ist durch das Gesetz Nr. 650/2004 Z.z. über die Zusatzrentenversicherung und über die Änderung und Ergänzung einiger Gesetze in der jeweils gültigen Fassung, der Satzung und anderen allgemein verbindlichen Rechtsvorschriften geregelt.

Der konservative d.d.f. ist keine juristische Person, wird auf unbestimmte Zeit gegründet und hat keine Rechtspersönlichkeit. Das Vermögen des Fonds ist nicht Teil des Vermögens der Gesellschaft, es wird zusammen mit der Geschäftsführung getrennt vom Vermögen und der Vermögensverwaltung der Gesellschaft sowie vom Vermögen und der Vermögensverwaltung anderer Zusatzrentenfonds, , die von der Gesellschaft verwaltet werden. Die Gründung und Verwaltung des konservativen Pensionsfonds wurde mit der Entscheidung Nr. NBS1-000-077-121 ač.z. 100-000-438-076, die am 19. Dezember 2022.

Die Satzung des konservativen Pensionsfonds wurde von der außerordentlichen Hauptversammlung am 3.11. 2022 genehmigt und von den Mitgliedern des Vorstands unterzeichnet. Der Vorstand der Gesellschaft erklärt im Sinne des Gesetzes über DDS, dass die im Statut enthaltenen Angaben aktuell, vollständig und wahrheitsgemäß sind. Der aktualisierte Wortlaut des Statuts wird auf der Website www.stabilita.sk veröffentlicht. Die Konservative D.d.f. wurde mit der Gutschrift des ersten Beitrags auf das Girokonto des konservativen d.d.f., der bei der Verwahrstelle der Gesellschaft geführt wird, gutgeschrieben wurde. Die aktuelle Satzung des konservativen beitragsfinanzierten d.d. Fonds, der von der Hauptversammlung am 7.11.2023 genehmigt wurde, hatte eine aufschiebende Bedingung und betraf die Änderung des Sitzes der Gesellschaft zum 1. Januar 2024 und der Änderung des Sitzes im Handelsregister, geführt vom Amtsgericht Košice, Abt. Sa, Einlageblatt 1470/V. Der aktualisierte Wortlaut der Satzung wird auf der Website der Gesellschaft unter www.stabilita.sk veröffentlicht.

Die Rechtsbeziehungen zwischen den Teilnehmern der Zusatzrentenversicherung und der Gesellschaft, die nicht ausdrücklich in der Satzung geregelt sind, werden durch den Teilnehmervertrag, den Leistungsplan, die einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes über die DDS sowie den weiteren Bestimmungen der einschlägigen allgemein verbindlichen Rechtsvorschriften.

Die Anlagepolitik des konservativen d.d.f. ist konservativ und berücksichtigt den Zweck der Fondsgründung. Ziel der Politik ist langfristige Wertsteigerung des Vermögens des konservativen D.D.F. bei geringem Risiko. Die Politik sieht die Anlage des Vermögens vor allem in Anleihen, darüber hinaus in Geldanlagen, Aktien und andere Investitionen und sonstigen Investitionen, mit der Möglichkeit der Eliminierung von Währungs- und Zinsrisiken.

Weitere Einschränkungen und Einzelheiten der Anlagepolitik ergeben sich aus den einschlägigen Rechtsvorschriften und der Satzung. Unter Einhaltung der im Gesetz über DDS oder in der Satzung genannten Beschränkungen kann die Gesellschaft das Vermögen in einem konservativen d.d.f. nur in Finanzinstrumente und Einlagen bei Banken (im Sinne von § 53 des Gesetzes über DDS) investieren.

Bei der Allokation in Anleiheinvestitionen handelt es sich überwiegend um Staatsanleihen oder staatlich garantierte Anleihen, Anleihen von Handelsgesellschaften, Kommunalanleihen, Anleihen von Banken und Finanzinstituten, ETFs und Anteilsscheine, die überwiegend in Anleihen investieren, andere Arten von Schuldverschreibungen und Futures, deren Basiswert ein Anleiheindex ist.

Bei der Allokation in Geldanlagen handelt es sich vor allem um Termineinlagen, Schatzanweisungen und Einlagen mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr oder andere Finanzinstrumente, deren Ertrag sich aus der Wertentwicklung der Geldanlagen ableitet. Das in einem konservativen d.d.f. verwaltete Vermögen ist kein Vermögen der Gesellschaft, der Einzelabschluss des Zusatzrentenfonds wird nicht in den Jahresabschluss der Gesellschaft konsolidiert. Die Gesellschaft erstellt keinen konsolidierten Jahresabschluss auf, da sie die Voraussetzungen für eine Konsolidierung gemäß den Bestimmungen des § 22 des Gesetzes Nr. 431/2002 Z.z. über die Rechnungslegung in der Fassung späterer Vorschriften (im Folgenden „Rechnungslegungsgesetz“) erfüllt.

Die Stabilität der Auszahlung d.d.f., STABILITA, d.d.s., a. s. (im Folgenden „Auszahlung d.d.f.“) wurde auf Grundlage der Beschluss Nr. UDK-004/2006/PDDS vom 29.11.2006, erlassen von der Nationalbank der Slowakei mit Rechtskraft ab dem 6.12.2006. Die Satzung von Výplatné d.d.f. wurde von der außerordentlichen Hauptversammlung am 3. 11. 2022 genehmigt und ist mit diesem trat er in Kraft und sein Wortlaut wurde auf der Website der Zusatzrentengesellschaft veröffentlicht.

Die Satzung des Auszahlungsfonds, die von der Hauptversammlung am 7.11.2023 genehmigt wurde, enthielt eine aufschiebende Bedingung und betraf sich auf die Änderung des Sitzes der Gesellschaft ab dem 1. Januar 2024 und die Änderung des Sitzes im Handelsregister, geführt vom Stadtgericht Košice, Abteilung Sa, Einlageblatt 1470/V. Der aktualisierte Wortlaut der Satzung wird auf der Website der Gesellschaft unter www.stabilita.sk veröffentlicht.

Die Auszahlungsgesellschaft wird auf unbestimmte Zeit gegründet und hat keine Rechtspersönlichkeit. Die Investition der Finanzmittel erfolgt auf zulässige Formen von Vermögenswerten gemäß dem Gesetz und der Satzung, um eine Wertsteigerung des Vermögens im Zusatzrentenfonds zu erreichen. Das Vermögen im Auszahlungs-d.d.f. darf nur zum Zweck der ordnungsgemäßen ordnungsgemäße und sichere Anlage des Fondsvermögens und den Schutz der Empfänger von Leistungen aus der Zusatzrentensparform.

Die Anlagepolitik des Auszahlungs-d.d.f. ist konservativ und berücksichtigt den Zweck der Einrichtung des Auszahlungs-d.d.f., der darin besteht Sicherung der Mittel zur Zahlung der Leistungen aus der Zusatzrentensparversicherung an die Leistungsempfänger, was erfordert Investitionen in Vermögenswerte, die nicht nur eine Wertsteigerung des Vermögens gewährleisten, sondern auch dessen Liquidität unter Berücksichtigung die laufende Auszahlung der Leistungen gemäß den geltenden Leistungsplänen gemäß den Teilnehmerverträgen und Leistungsplänen. Ziel der Anlagepolitik ist es, eine langfristige Kapitalrendite bei geringem Risiko zu erzielen, wobei die Politik auf der Aufteilung des investierten Vermögens zwischen Anleihen und Geldmarktpapieren basiert, wobei das Währungs- und Zinsrisiken. Der Anteil der Anleihekomponente kann bis zu 90 % des Vermögens des Zusatzrentenfonds betragen Zusatzrentenfonds.

Bei den Investitionen in Anleihen handelt es sich überwiegend um Anleihen von Handelsgesellschaften, Staatsanleihen, Kommunalanleihen, Anleihen von Banken und Finanzinstituten, andere Arten von Schuldverschreibungen und Anleihen-ETFs.

Da die Gesellschaft bei der Verwaltung des Vermögens des Auszahlungs-D.d.f. Verfahren und Instrumente im Sinne von § 53g Absatz 1 des Gesetzes über DDS verwendet, entstehen mit diesen Verfahren Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken. Bei der Anlage des Vermögens des Vermögens neben den Regeln für die Beschränkung und Streuung, die insbesondere in den Bestimmungen des § 53 Buchstabe b bis f des Gesetzes über die DDS, auch einige strengere Regeln ein, die in einer internen

Richtlinie festgelegt sind, die auf Anfrage am Sitz der Gesellschaft, in ihren Zweigstellen und Geschäftsstellen eingesehen werden kann.

B Angewandte Rechnungslegungsgrundsätze und Rechnungslegungsmethoden

B1) Grundlage der Darstellung und Annahme der Fortführung der Gesellschaft

Erklärung zur Übereinstimmung

Der Einzelabschluss der Gesellschaft für das Jahr 2024 wurde in Übereinstimmung mit den Internationalen Rechnungslegungsstandards (im Folgenden „IFRS“) in der von den Organen der Europäischen Union (im Folgenden „EU“) angenommenen Fassung in der Verordnung der Kommission Nr. 1725/2003 einschließlich der geltenden Auslegungen des Internationalen Ausschusses für die Auslegung (IFRIC). Dieser Jahresabschluss wurde unter der Annahme erstellt, dass die Gesellschaft ihre Geschäftstätigkeit fortführt (sog. Going Concern).

Grundlagen und Zielsetzung der Rechnungslegung

Der Einzelabschluss der Gesellschaft für das Jahr 2024 mit dem Vergleichszeitraum 2023 wurde in Übereinstimmung mit dem Rechnungslegungsgesetz gemäß § 17a erstellt. Gemäß diesem Gesetz erstellt die Gesellschaft den Jahresabschluss und den Lagebericht gemäß den besonderen Vorschriften – Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates 1606/2002 über die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards (IFRS).

Der Jahresabschluss wurde für allgemeine Zwecke erstellt, die darin enthaltenen Informationen können nicht für eine spezifische Beurteilung einzelner Transaktionen verwendet werden. Dieser Jahresabschluss kann bei Entscheidungen und Beurteilungen nicht als einzige Informationsquelle herangezogen werden.

Informationen über den konsolidierten Gesamtkonzern

Gemäß § 22 Abs. 12 des Gesetzes Nr. 431/2002 des Nationalrats der Slowakischen Republik ist die Gesellschaft nicht verpflichtet, einen konsolidierten Jahresabschluss und einen konsolidierten Lagebericht. Das in Zusatzrentenfonds verwaltete Vermögen Zusatzrentenfonds verwaltetes Vermögen ist nicht Eigentum der Gesellschaft. Die Einzelabschlüsse der Zusatzrentenfonds nicht im Jahresabschluss der Gesellschaft konsolidiert.

Die Hauptmuttergesellschaft ist die Eisenbahn der Slowakischen Republik mit Sitz in Bratislava, Klemensova 8, die gemäß § 22 Abs. 12 des Gesetzes der Slowakischen Republik Nr. 431/2002 Z. z.

Die Gesellschaft hat den Einzelabschluss für das Jahr 2024 unter Berücksichtigung der Vergleichsdaten des Jahres 2023 und die Änderung der Rechnungslegungsgrundsätze berücksichtigt. Im Laufe des Jahres 2024 hat die Gesellschaft alle neuen und überarbeiteten Standards übernommen, die vom International Accounting Standards Board mit Wirkung vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 veröffentlicht wurden. Alle Angaben in den Tabellen sind in ganzen Euro angegeben, negative Werte sind in Klammern angegeben.

Änderung der Rechnungslegungsgrundsätze und Korrektur von Fehlern früherer Perioden

Das Unternehmen hat eine Bewertung der Rechnungslegungsgrundsätze im Zusammenhang mit der Bilanzierung von Anschaffungskosten für aktive Verträgen von verbundenen Finanzagenten und hat das Verfahren für die Verbuchung von Pauschalzahlungen an verbundene Finanzagenten angepasst derart angepasst, dass die Pauschalkosten direkt in die Aufwendungen der Gesellschaft einfließen und nicht zeitlich abgegrenzt als Teil der Anschaffungskosten für aktive Verträge abgegrenzt. Das Unternehmen hat auch einen Fehler bei der Verbuchung von Gutscheinen für Neukunden korrigiert, die in der Vergangenheit als Aufwand der laufenden Periode ausgewiesen wurden und nach der Korrektur als abgegrenzte Kosten für die Akquisition von Verträgen ausgewiesen. Das Management hat auch die Kapitalisierung der historischen Ausgaben für in den Jahren 2010 bis 2013 gezahlte Beträge, die bisher nicht Teil der Anschaffungskosten auf aktive Verträge enthalten waren. Die Änderungen für die vorangegangenen Rechnungsperioden sind in den Abschlüssen und Anmerkungen erfasst. Die die sich aus der Änderung der Rechnungslegungsgrundsätze und der Korrektur von Fehlern ergeben, sind in den folgenden Tabellen zusammengefasst.

Posten	31.12.2023 (vor Anpassung)	Änderung der Rechnungslegungsgrundsätze	31.12.2023 (Angepasst)
Nicht liquide Vermögenswerte	6016	(476 815)	5 539 788
Zeitlich abgegrenzte Aufwendungen	4 533 917	(603 563)	3930
Forderungen aus latenten Ertragsteuern	208 394	126748	335142
Gesamtvermögen	13 842100	(476 815)	13365285
Eigenkapital insgesamt	11 663 406	(476815)	11186 591
Nicht ausgeschütteter Gewinn	9 634 893	(476 815)	9158 078
Verbindlichkeiten und Eigenkapital	13842100	(476815)	13 365 285

Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023

Posten	31.12. 2023 (vor Anpassung)	Anpassung der Rechnungslegungsgrundsätze	31.12.2023 (Angepasst)
Kosten für Vergütungen und Provisionen	(334 367)	(109 675)	(444 042)
Reingewinn (Verlust) aus Vergütungen	4629466	(109675)	4519 791
Sonstige betriebliche aufwendungen	(1406 866)	(126 638)	(1 533 504)
Gesamtergebnis vor Steuern	895004	(236 313)	658691
Ertragsteuer	(191 916)	49 626	(142 290)
Gesamtergebnis nach Steuern	703088	(186687)	516 401
Reingewinn pro Aktie	14,06	(3,73)	10,33

Auswirkung auf die Bilanz zum 01.01.2023

Posten	01.01.2023 (vor Anpassung)	Anpassung der Rechnungslegungsgrundsätze	01.01-2023 (Geändert)
Nicht liquide Vermögenswerte	5 519 292	(290 128)	5 229 164
Zeitlich abgegrenzte Kosten	4 095076	(367 251)	3 727 825
Forderungen aus latenten Ertragsteuern	222 010	77 123)	299 133
Gesamtvermögen	13 022 686	(290128)	12 732 558
Eigenkapital insgesamt	10 960 316	(290 128)	10 670 188
Nicht ausgeschütteter Gewinn	8 931 803	(290 128)	8 641 675
Verbindlichkeiten und Eigenkapital insgesamt	13 022686	(290 128)	12 732 558

Die Erstellung des Jahresabschlusses gemäß IFRS erfordert, dass die Geschäftsführung Schätzungen und Annahmen zu treffen, die sich auf die ausgewiesenen Beträge der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie auf die ausgewiesenen Beträge der Bilanzstichtag sowie auf die ausgewiesenen Beträge der Erträge und Aufwendungen während des Berichtszeitraums. Die tatsächlichen Ergebnisse können von diesen Schätzungen abweichen, und zukünftige Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, der Unternehmensstrategien, regulatorische Maßnahmen, Rechnungslegungsgrundsätze oder andere Faktoren können zu einer Änderung der Schätzungen führen, was sich wiederum erheblich auf die angegebene Finanzlage und das Ergebnis auswirken können.

Die Auswirkungen von Änderungen der Rechnungslegungsannahmen werden prospektiv in das Ergebnis des Zeitraums einbezogen, in dem die Änderung der Schätzung erfolgt, vorausgesetzt, dass die Änderungen nur den betreffenden Zeitraum oder das wirtschaftliche Ergebnis auch der folgenden Perioden, sofern die Änderung auch die folgenden Perioden betrifft.

Im Jahr 2018 hat das Unternehmen den IFRS 15 angewendet und die Rechnungslegungsgrundsätze in Bezug auf die Kosten für Erwerb von Verträgen, die gemäß IFRS 15 zeitlich abgegrenzt werden (Deferred Acquisition Costs – DAC). Das Unternehmen hat ein DAC-Anwendungsmodell entwickelt, dessen Parameter auf der Grundlage einer Analyse der Entwicklung der durchschnittlichen Vertragslaufzeit Vertrags. Wichtige Parameter des Modells sind: durchschnittliche Vertragslaufzeit (Auflösungsdauer der Anschaffungskosten) 14 Jahre, die sich aus der durchschnittlichen Teilnahme an Beitragsfonds von 13 Jahren zusammensetzt, wobei die durchschnittliche Beitragszahlungsdauer 11 Jahre, und der durchschnittlichen Auszahlungsdauer aus dem Auszahlungsfonds 1 Jahr. Das Modell berücksichtigt die Sterbewahrscheinlichkeit, das vertraglich festgelegte Alter für den Anspruch auf eine Zusatzaltersrente und die Tatsache, dass der Teilnehmer nach Erfüllung der Voraussetzungen für die Auszahlung der Leistung diese Leistung in Anspruch nehmen kann, aber nicht muss, die erwartete Rendite der Fonds und die Kündigung von Kundenverträgen. Ein weiterer Parameter des Modells ist die Höhe der Vergütung für die Verwaltung der Fonds im Sinne Gesetzes 650/2004 Z.z. über die Zusatzrentensparung und über die Änderung und Ergänzung einiger Gesetze § 35a und die voraussichtliche Wertentwicklung der Fonds. Der Anwendungsmodell arbeitet mit einem Durchschnittsvertrag, d. h. die Teilnehmerverträge als Ganzes betrachtet werden. Daher sind gekündigte Verträge in dem betreffenden Zeitraum bereits in den geschätzten Parametern des Modells als Ganzes berücksichtigt.

Das Unternehmen testet am Ende des Rechnungszeitraums die Modellparameter und schlägt bei wesentlichen Änderungen eine Anpassung des Modells vor. Im Jahr 2024 hat das Unternehmen den Umfang der Anschaffungskosten für Verträge geändert, die in der Methode der Abgrenzung der Anschaffungskosten für Verträge, wobei Vorteile für neue Teilnehmer hinzugefügt und Pauschalen für gebundene Finanzagenten entfernt. Informationen zu dieser Änderung finden Sie im Abschnitt „Änderung der Rechnungslegungsgrundsätze und Korrektur von Fehlern in früheren Perioden.“

Die Parameter des DAC-Modells haben sich nicht geändert. Zum 31.12.2024 hat das Unternehmen einen Test zur Überprüfung der Richtigkeit der Grundparameter des DAC-Modells durchgeführt und festgestellt, dass keiner der Parameter eine wesentliche Änderung erfahren hat.

Eine wesentliche Schätzung stellt auch die Rückstellung für das Treueprogramm dar, die zum Zeitwert auf der Grundlage versicherungsmathematischer Schätzungen ausgewiesen wird. Die versicherungsmathematische Schätzung umfasst verschiedene Annahmen, die vom tatsächlichen zukünftigen Verlauf abweichen können. Dazu gehören die Festlegung des Abzinsungssatzes, die Höhe und der Zeitpunkt der Inanspruchnahme der Rückstellung, die Art der Verwendung der Punkte, der Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand und die voraussichtliche Wahrscheinlichkeit des Verfalls Treuepunkte.

Die Kosten für langfristige Leistungen an Arbeitnehmer werden in ihrem Barwert anhand versicherungsmathematischer versicherungsmathematischen Schätzungen. Die versicherungsmathematische Schätzung umfasst verschiedene Annahmen, die von den tatsächlichen Entwicklungen in der Zukunft abweichen können. Dazu gehört die Festlegung des Diskontsatzes, künftige Gehaltserhöhungen, die Fluktuation der Mitarbeiter und der Zeitpunkt des voraussichtlichen Eintritts in den Ruhestand. Aufgrund der Komplexität der Bewertung und ihres langfristigen Charakters ist der Wert der Verpflichtung aus Leistungen an Arbeitnehmer sehr empfindlich auf Änderungen dieser Annahmen. Alle Annahmen werden zu jedem Bilanzstichtag überprüft.

Der Parameter, der sich am stärksten ändern kann, ist der Diskontsatz. Bei der Festlegung eines geeigneten Diskontsatzes berücksichtigt das Management die Zinssätze von Unternehmensanleihen in den Währungen, die den Währungen der Verpflichtungen aus den Leistungen an Arbeitnehmer. Die Abzinsungssätze entsprechen der erwarteten Abwicklungsdauer der Verpflichtungen aus den Leistungen an Arbeitnehmer.

Neue und geänderte IFRS-Rechnungslegungsstandards, die für das aktuelle Geschäftsjahr gelten

Im laufenden Jahr hat das Unternehmen mehrere Ergänzungen zu den IFRS-Rechnungslegungsstandards angewendet, die vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegeben und von der EU übernommen wurden und für den Berichtszeitraum, der am 31. Dezember 2010 beginnt, verbindlich sind. International Accounting Standards (IASB) veröffentlicht wurden und von der EU übernommen wurden und für den am 1. Januar 2024 oder später beginnen. Ihre Anwendung hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf die Angaben oder die in diesem Jahresabschluss.

Rechnungslegungsstandard	Bezeichnung
Änderungen zu IAS 1	Klassifizierung von Verbindlichkeiten als kurzfristig oder langfristig und Langfristige Verbindlichkeiten mit Nebenabreden
Ergänzungen zu IAS 7 und IFRS 7	Vereinbarungen über Zahlungen an Lieferanten
Ergänzungen zu IFRS 16	Leasingverbindlichkeit aus einem Verkauf und einer Rückleasingtransaktion

Neue und überarbeitete IFRS-Rechnungslegungsstandards, die von der EU übernommen wurden, aber noch nicht in Kraft getreten sind

Zum Zeitpunkt der Genehmigung dieses Jahresabschlusses hat das Unternehmen die folgenden Ergänzungen zu den IFRS-Rechnungslegungsstandards, die vom IASB veröffentlicht und von der EU übernommen wurden, aber noch nicht in Kraft getreten sind:

Rechnungslegungsstandard	Bezeichnung	Datum des Inkrafttretens
Änderungen zu IAS 21	Fehlende Konvertierbarkeit	1. Januar 2025

B2) Angaben zur Anwendung der Rechnungslegungsgrundsätze und -methoden im Vergleich zur Vorperiode und deren Auswirkungen auf das Ergebnis

Im Abschnitt „Änderung der Rechnungslegungsgrundsätze“ in Abschnitt B1 wird der Einfluss der Änderung der Rechnungslegungsmethode beschrieben.

B3) IFRS 16-Angaben

Im Sinne von IFRS 16 stellt ein Vertrag ein Leasingverhältnis dar oder enthält ein Leasingverhältnis, wenn er die Rechte zur Nutzung eines identifizierten Vermögenswerts eines identifizierten Vermögenswerts für einen bestimmten Zeitraum gegen Entgelt übertragen werden.

Das Unternehmen wendet die folgenden bestehenden praktischen Vereinfachungen an:

- Anwendung eines einzigen Abzinsungssatzes auf ein Portfolio von Leasingverhältnissen mit vergleichbaren Eigenschaften.
- Anpassung des Vermögenswerts mit Nutzungsrecht zum Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung um den Betrag aller Rückstellungen für nachteilige Leasingverhältnisse in der Bilanz.
- Anwendung einer vereinfachten Methode für Verträge mit einer Laufzeit von bis zu 12 Monaten zum Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung.
- Ausnahme der anfänglichen direkten Kosten aus der Bewertung des Vermögenswerts mit Nutzungsrecht zum Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung.
- Verwendung einer Rückblickmethode, z. B. bei der Bestimmung der Leasingdauer, wenn der Vertrag Optionen zur Verlängerung oder Beendigung des Leasingverhältnisses enthält.

a) Ausweis von Leasingverbindlichkeiten

Die Gesellschaft weist Leasingverbindlichkeiten im Zusammenhang mit Leasingverhältnissen aus, und diese Verbindlichkeiten werden zum beizulegenden Zeitwert den Forderungen aus Leasingzahlungen zum Bilanzstichtag bewertet. Leasingzahlungen werden unter Verwendung des impliziten Leasingzinssatzes abgezinst, oder, wenn dieser nicht einfach zu bestimmen ist, unter Verwendung der effektive Zinssatz des Leasingverhältnisses verwendet. Die in der Bewertung der Leasingverbindlichkeiten enthaltenen Leasingzahlungen umfassen feste Leasingraten, wobei das Unternehmen Vereinfachungen für kurzfristige Leasingverhältnisse (weniger als 12 Monaten) sowie bei Leasingverhältnissen, deren zugrunde liegende Vermögenswerte einen geringen Wert haben (weniger als 5.000 EUR), und bei Verträgen, bei denen weder finanzielle Verbindlichkeiten noch damit verbundene Vermögenswerte mit Nutzungsrechten ausgewiesen werden. Diese Arten von Leasingzahlungen werden als Aufwendungen unter Verwendung der linearen Methode über die Laufzeit des Leasingverhältnisses unter dem Posten „Allgemeine Verwaltungskosten“

b) Ausweis von Vermögenswerten mit Nutzungsrecht

Vermögenswerte mit Nutzungsrecht werden zunächst mit den Anschaffungskosten bewertet.

Der Anschaffungswert eines Vermögenswerts mit Nutzungsrecht setzt sich zusammen aus:

- der ursprüngliche Schätzwert der Leasingverbindlichkeiten,
- alle zum Zeitpunkt des Leasingbeginns oder davor gezahlten Leasingzahlungen abzüglich etwaiger Forderungen aus Leasinganreizen,
- Anfangskosten, die dem Leasingnehmer aus dem Abschluss des Leasingvertrags unmittelbar entstanden sind,
- Schätzungen der Kosten, die dem Leasingnehmer aus der Verpflichtung zum Abbau und zur Beseitigung des zugrunde liegenden Vermögenswerts oder Renovierung/Sanierung entstehen.

c) Verwendung von Schätzungen

Die Umsetzung von IFRS 16 erfordert die Verwendung bestimmter Schätzungen und Berechnungen, die sich auf die Bewertung von Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverhältnissen und Vermögenswerten mit Nutzungsrechten. Dazu gehören unter anderem:

- die Bestimmung, auf welche Verträge IFRS 16 Anwendung findet,
- die Bestimmung der Laufzeit solcher Verträge (einschließlich Verträge mit unbestimmter Laufzeit oder Verträge mit der Möglichkeit Laufzeitverlängerung),
- Festlegung der Zinssätze, die für die Abzinsung künftiger Cashflows verwendet werden
- Festlegung der Abschreibungssätze.

B4) Beschreibung der Bewertungsmethoden für Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, Methoden zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Vermögenswerten

Der Jahresabschluss wird nach dem Grundsatz der Periodenabgrenzung von Aufwendungen und Erträgen erstellt, deren Auswirkungen in der Periode, auf die sie sich sachlich beziehen. Langfristige materielle und immaterielle Vermögenswerte und Vorräte werden zu Anschaffungskosten, die die mit ihrer Anschaffung verbundenen Kosten umfassen.

Langfristige Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	Voraussichtliche Nutzung	Abschreibungsmethode	Abschreibungssatz in %
Maschinen, Geräte und Anlagen	4 Jahre	gleichmäßig	2
Transportmittel	4 Jahre	gleichmäßig	25
Inventar	6 Jahre	gleichmäßig	16,7
Separate H v und Set bis 1700 Euro	2 Jahre	gleichmäßig	50
Software	6 Jahre bis 7 Jahre	gleichmäßig	16,7
Marke	10 Jahre	gleichmäßig	10
Sonstige langfristige Sachanlagen bis zu 2.400 Euro	2 Jahre	gleichmäßig	50

Der Nennwert umfasst Forderungen, Verbindlichkeiten, Geldmittel und Zahlungsmitteläquivalente.

B5) Umrechnung von Fremdwährungen in Euro

Geldaktiva und Verbindlichkeiten, die in Fremdwährung bewertet sind, werden vom Unternehmen gemäß dem Rechnungslegungsgesetz in Euro zum Referenzwechsellkurs um, der von der Europäischen Zentralbank oder der Nationalbank Bank von Slowakei am Tag der Erstellung des Jahresabschlusses. Wechselkursdifferenzen werden von der Gesellschaft in der Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwand/Ertrag.

B6) Langfristige Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

Langfristige Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte werden zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibungen (Abschreibungen) verringert. Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als separater Posten ausgewiesen und auf der Grundlage der Nutzungsdauer jeder Abschreibungsgruppe. Am Ende des Geschäftsjahres wird die Abschreibungspolitik für Vermögenswerte überprüft, und zwar sowohl für Sachanlagen als auch für Software. Software werden zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibungen ausgewiesen. Ausgaben im Zusammenhang mit der Rekonstruktion und Modernisierung von Vermögenswerten werden als technische Aufwertung betrachtet, Reparaturen und Instandhaltung dieser Vermögenswerte werden direkt als Aufwendungen des Unternehmens verbucht. Nach Ablauf des Geschäftsjahres werden auf Vorschlag der Inventarkommission Vermögenswerte, die funktional oder oder veraltet ist, aus dem Bestand.

Langfristige materielle und immaterielle Vermögenswerte werden bei ihrer Ausbuchung oder wenn das Unternehmen keine in Zukunft keinen wirtschaftlichen Nutzen aus ihrer Nutzung erwartet. Erträge oder Verluste aus der Ausbuchung oder dem Verkauf werden als Differenz zwischen den Veräußerungserlösen und dem Restwert des Vermögens und in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

B7) Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente umfassen Bargeld, Sichteinlagen bei Banken und andere kurzfristige, hochliquide Anlagen mit einer ursprünglichen Laufzeit von höchstens drei Monaten. Sie werden zunächst zum Marktwert und anschließend zu den fortgeführten Anschaffungskosten, die nach der Effektivzinsmethode ermittelt werden.

Mittel, über die die Gesellschaft nur beschränkt verfügen kann, sind von den Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalente für die Erstellung der Kapitalflussrechnung. Salden, die nicht für den oder zur Begleichung einer Verbindlichkeit verwendet werden können, werden mehr als zwölf Monate nach dem Bilanzstichtag als langfristige Vermögenswerte ausgewiesen.

B8) Bildung einer Rückstellung für das Treueprogramm

Die Rückstellung ist gemäß IAS 37 als Verpflichtung mit unbestimmter Zeit oder Höhe definiert, deren Verwendung ist ausschließlich auf die Ausgaben beschränkt, für die sie ursprünglich gebildet wurde. Die Verbindlichkeit ist eine gegenwärtige Verpflichtung des Unternehmens, die aus vergangenen Ereignissen entstanden ist und deren Erfüllung einen Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen erwartet wird.

Rückstellungen unterscheiden sich von anderen Verbindlichkeiten, da Unsicherheit über den Zeitpunkt oder die Höhe der künftigen Ausgaben, die zu ihrer Erfüllung erforderlich sind. Das Unternehmen hat auch im Jahr 2024 eine langfristige Rückstellung für ein Treueprogramm, um die Teilnehmerzahl der Zusatzrentensparpläne zu stabilisieren.

Aufgrund der Entwicklung der Zinssätze auf den Finanzmärkten im Jahr 2024 kam es zu einem Rückgang dieser Rückstellungen und damit auch zu einem Rückgang des Zinssatzes, mit dem die künftigen Inanspruchnahmen von Punkten aus dem Treueprogramm abgezinst werden. Die Regeln des Treueprogramms und die sich daraus ergebende Bildung und Verwendung der Rückstellung wurden in eine interne Richtlinie aufgenommen.

Die Bildung von Rückstellungen für das Treueprogramm und die Bildung anderer Rückstellungen ist Teil der „Gewinn- und Verlustrechnung“^{*1} (Zeile 24). Die Verwendung der Rückstellung für das Treueprogramm im Laufe des Jahres wird als Abgang der langfristigen Rückstellung (Bilanz Zeile 11). Das Unternehmen hat die Bildung der Rückstellung für das Treueprogramm überprüft und mit Wirkung zum 1. Januar 2017 den Wert des Anspruchs aus dem Treueprogramm um die Hälfte, d. h. 1 Punkt entspricht 0,005 EUR. Nach Ablauf des Rechnungszeitraums die Beiträge der Teilnehmer aus und schreibt die Punkte gemäß den Regeln des Treueprogramms gut. Gleichzeitig bewertet sie die Inanspruchnahme der Punkte für das jeweilige Geschäftsjahr. Anschließend schätzt das Unternehmen den aktuellen Wert der künftigen Inanspruchnahme als neuen Wert der Rückstellung.

B9) Leistungen an Arbeitnehmer – IAS 19

Leistungen an Arbeitnehmer sind alle Formen von Gegenleistungen, die von einem Unternehmen im Austausch für von Arbeitnehmern erbrachte Dienstleistungen gewährt werden, die von Arbeitnehmern erbracht werden. Ziel dieses Standards ist es, die Bilanzierung und Angabe von Leistungen an Arbeitnehmer, die der Arbeitgeber gewährt. Aus diesem Grund weist die Gesellschaft unter Anwendung des IAS 19 Folgendes aus:

- a) langfristige Rückstellungen als Verbindlichkeiten, die in der Zukunft aufgrund gesetzlicher Vorschriften und internen Richtlinien sowie aufgrund informeller Gepflogenheiten, die zu einer außervertraglichen Verpflichtung führen,
- b) kurzfristige Leistungen an Arbeitnehmer, wenn erwartet wird, dass sie innerhalb von 12 Monaten nach Ende des Berichtszeitraums

Das Unternehmen weist als Verbindlichkeiten aus Leistungen an Arbeitnehmer alle Formen von Gegenleistungen aus, die von der Gruppe als Gegenleistung für von Arbeitnehmern erbrachte Dienstleistungen oder für die Beendigung des Arbeitsverhältnisses gewährt werden. Diese Verbindlichkeiten werden in dem Zeitraum ausgewiesen, in dem die Gruppe die von den Mitarbeitern erbrachten Leistungen erhalten hat.

Verbindlichkeiten, die im Zusammenhang mit anderen langfristigen Leistungen an Arbeitnehmer ausgewiesen werden, werden zum beizulegenden Zeitwert dem beizulegenden Zeitwert der geschätzten künftigen Cashflows, die dem Unternehmen

Zusammenhang mit den , die von den Mitarbeitern bis zum Bilanzstichtag erbracht werden.

Die geschätzten Verbindlichkeiten aus Leistungen an Arbeitnehmer sind in der Zeile „Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer“ in der Bilanz ausgewiesen.

Kurzfristige Leistungen an Arbeitnehmer umfassen vor allem laufende Löhne und Gehälter sowie Abfindungen an Arbeitnehmer, Sozialversicherungs- und Krankenversicherungsbeiträge des Arbeitgebers sowie den Beitrag des Arbeitgebers zur Zusatzrente und Verpflegung. Die Gesellschaft bildet einen Sozialfonds gemäß den Anforderungen des Gesetzes Nr. 152/1994 z. z. über den Sozialfonds in der jeweils gültigen Fassung aus den Kosten, wobei in den sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten sind auch Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, aber auch Verbindlichkeiten gegenüber Fonds, sofern die generierten auf der Aufstellung nicht angenommen und beglichen wurden. Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit kurzfristigen Leistungen an Arbeitnehmer werden, mit dem nicht diskontierten Betrag der Leistungen bewertet, die im Austausch für die damit verbundene Dienstleistung zu zahlen sind.

B10) Erfassung von Erträgen und Aufwendungen

Die zeitliche Abgrenzung von Zinserträgen und Zinsaufwendungen, die sich auf einzelne Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wird in den entsprechenden Konten dieser Posten ausgewiesen, Zinserträge und -aufwendungen werden dem Zeitraum, auf den sie sich zeitlich und sachlich beziehen, unter Anwendung der Effektivzinsmethode. Die Gesellschaft hat Erträge hauptsächlich für die Verwaltung und Steuerung von Investitionen in Zusatzrentenfonds. Der Anspruch auf Vergütung entsteht gemäß dem Gesetz 650/2004 über die Zusatzrentensparen 1 § 35a bis 35c.

Die Kosten für Vergütungen und Provisionen sind Vergütungen an Finanzagenten, die für das Unternehmen Finanzvermittlung im Sinne des Gesetzes Nr. 186/2009 Z.z. über Finanzvermittlung und Finanzberatung im Sinne des Gesetzes Nr. 186/2009 Z.z. über Finanzvermittlung und Finanzberatung und zur Änderung und Ergänzung einiger Gesetze, ausgewählter externer Mitarbeiter und sonstige Aufwendungen, die in direktem Zusammenhang mit der Akquisition von Kundenverträgen. Zu diesen Kosten gehören auch Vergütungen an Maklerfirmen. Ursprünglich werden Vergütungen und Provisionen im Zusammenhang mit der Akquisition von Verträgen als Vermögenswerte verbucht und in Zeile 3) der Bilanz ausgewiesen. Anschließend wird dieser Vermögenswert über die geschätzte Laufzeit des Vertrags abgeschrieben. Die Höhe der Abschreibung in den einzelnen Jahren wird anhand eines internen Modells abgeleitet, der die Höhe der Erträge des Unternehmens aus der Verwaltung des Vermögens des Sparer während der geschätzten Vertragslaufzeit. Die Abschreibung wird für die einzelnen Jahre so festgelegt, dass sie die Höhe der der geschätzten Verwaltungserträge in den jeweiligen Jahren entspricht. Das Unternehmen kapitalisiert zusätzliche (zusätzliche) Aufwendungen für den Abschluss von Kundenverträgen, die sich wie folgt zusammensetzen:

- steht
- Variable Aufwendungen, deren Höhe in direktem Zusammenhang mit dem Abschluss eines Teilnehmervetrags
 - Vorteile für Neukunden

Sonstige Verwaltungskosten werden nach Art in Personalkosten, Abschreibungen auf Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten und sonstige Kosten. Die Einkommensteuer, die Teil der Kosten des Unternehmens ist, wird separat ausgewiesen des Unternehmens. Das Unternehmen grenzt die Kosten zeitlich ab und verbucht sie in dem Zeitraum, auf den sie sich zeitlich und sachlich beziehen.

B11) Finanzielle Vermögenswerte

Die finanziellen Vermögenswerte des Unternehmens umfassen folgende Posten:

- B11) Finanzielle Verbindlichkeiten
- Termineinlagen
- Forderungen
- nicht handelbare Finanzaktiva, die obligatorisch zum beizulegenden Zeitwert in der Gewinn- und Verlustrechnung bewertet werden.

Zu den Finanzinstrumenten gehört auch der Saldo des Kontos für nicht zugewiesene Zahlungen, der die erhaltenen Beiträge der Sparer und Forderungen aus der Verwaltung gegenüber Fonds. Gleichzeitig werden in der Bilanz Forderungen gegenüber Sparer, deren Beiträge vor der vom Sparer die Abrechnung für den jeweiligen Monat übermittelt wurde. Wenn die Aufstellung der Beiträge bis zum Ende des jeweiligen Monats nicht an die Gesellschaft, erfolgt der Abgleich der Zahlung mit der Aufstellung erst im folgenden Monat; bei Übermittlung der Aufstellung durch die Gesellschaft auf dem Verbindlichkeitskonto „Verbindlichkeiten gegenüber Fonds – generierte Aufstellungen“ verbucht. Nach Zuordnung der Zahlung zur Aufstellung wird der Betrag vom Konto für nicht zugewiesene Zahlungen an die entsprechenden d.d.-Fonds überwiesen. Die Überweisungen an die Fonds erfolgen auf Tagesbasis.

Finanzielle Vermögenswerte – erstmalige Erfassung

Finanzielle Vermögenswerte werden zunächst zum beizulegenden Zeitwert einschließlich der mit ihrem Erwerb verbundenen

Transaktionskosten bewertet Erwerb. Der maßgebliche Zeitpunkt für die Erfassung des Erwerbs eines finanziellen Vermögenswerts ist der Zeitpunkt der finanziellen, an dem die wirtschaftliche und finanzielle Abwicklung erfolgt.

Finanzielle Vermögenswerte – Klassifizierung

Die Klassifizierung und die anschließende Bewertung von finanziellen Vermögenswerten richten sich nach:

- a) Geschäftsmodell, das sich auf die Art und Weise bezieht, wie das Unternehmen seine finanziellen Vermögenswerte verwaltet, um Cashflows zu generieren. Das bedeutet, dass das Geschäftsmodell des Unternehmens bestimmt, ob Cashflows aus der Vereinnahmung vertraglich vereinbarter Zahlungsströme, dem Verkauf des finanziellen Vermögenswerts oder beidem resultieren.
- b) den Merkmalen der Cashflows der Vermögenswerte – im Falle eines Geschäftsmodells, Vermögenswerte zu halten, um, oder um vertraglich vereinbarte Zahlungsströme zu vereinnahmen, oder um vertraglich vereinbarte Zahlungsströme zu vereinnahmen und Zahlungsströme aus dem Verkauf, beurteilt das Unternehmen, ob die Cashflows des Finanzinstruments ausschließlich Zahlungen Kapital und Zinsen („SPPI-Test“).

Finanzielle Vermögenswerte – Folgebewertung zum amortisierten Wert

Das Unternehmen bilanziert Bargeld, Termineinlagen und Forderungen zum beizulegenden Zeitwert. Bei der Bewertung zwischen dem fortgeführten Buchwert und dem ursprünglichen Buchwert wird die Differenz in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Finanzielle Vermögenswerte – Ausbuchung

Die Gesellschaft beendet die Bilanzierung von finanziellen Vermögenswerten, wenn die vertraglichen Rechte auf Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert beendet sind. Wenn die Gesellschaft die Bilanzierung von finanziellen Vermögenswerten, die zum amortisierten Wert bewertet sind, beendet, wird die Differenz zwischen den Erträgen und dem Restwert in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

B12) Besteuerung und latente Steuern

Die Berechnung der Einkommensteuer ist in Gesetz Nr. 595/2003 Z.z. über die Einkommensteuer in der Fassung späterer auf der Grundlage des wirtschaftlichen Ergebnisses, das in der Gesamtergebnisrechnung gemäß den internationalen Rechnungslegungsstandards ausgewiesen wird. Die Einkommensteuer ist Teil der Aufwendungen und wird bei ihrer Berechnung wird das Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit um die hinzuzurechnenden und abzuziehenden Posten bereinigt, die im Laufe des Rechnungszeitraums entstanden sind. Die Verbindlichkeit bzw. Forderung aus der Einkommensteuer wird nach Verrechnung der bereits in der jeweiligen Steuerperiode geleisteten Steuervorauszahlungen verrechnet.

Latente Ertragsteuern werden von der Gesellschaft nach der Verbindlichkeitsmethode auf der Bilanzbilanz für alle temporären Differenzen, die zwischen der Steuerbemessungsgrundlage von Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten und ihrem

Buchwert in der der Bilanz. Zur Ermittlung der latenten Ertragsteuer werden die Steuersätze für den folgenden Steuerperiode, die zum Zeitpunkt der Realisierung der Steuerforderung oder der Verbuchung der Steuerschuld gilt. Für das Jahr 2024 beträgt der Steuersatz 21 %, das Unternehmen hat jedoch die latente Steuerforderung mit einem Steuersatz von 24 %, da sie für das Jahr 2025 ein zu versteuerndes Einkommen von mehr als 5 000 000 Euro erwartet. Bei der Verbuchung latenter muss davon ausgegangen werden, dass das Unternehmen in Zukunft ein Ergebnis erzielen wird, mit dem diese Steuerforderung ausgeglichen werden kann.

Neben der Einkommensteuer ist das Unternehmen verpflichtet, eine Sonderabgabe für die Geschäftstätigkeit in regulierten Branchen Erreicht das Geschäftsergebnis einer regulierten Person gemäß § 8 Abs. 3 des Gesetzes 235/2012 Z.z. im im Geschäftsjahr mindestens 3 Millionen Euro, im Sinne des Gesetzes Nr. 235/2012 Z. z. über eine Sonderabgabe für die Geschäftstätigkeit in regulierten Branchen und zur Änderung und Ergänzung einiger Gesetze.

Der Abgabezeitraum ist der Kalendermonat und der Abgabensatz beträgt 0,363 %. Grundlage der Abgabe ist das vor Steuern, ausgewiesen nach internationalen Rechnungslegungsstandards, angepasst an das Ergebnis gemäß den in der Slowakischen Republik geltenden Rechnungslegungsvorschriften angepasst und weiter gemäß dem Gesetz über die Sonderabgabe angepasst. Die Sonderabgabe wird als Teil der Einkommenssteuern ausgewiesen.

B13) Bilanzierung der Erträge

Die Gesellschaft hat im Jahr 2024 Erträge aus der Verwaltung von beitragsabhängigen Zusatzrentenfonds und des Auszahlungsfonds sowie Erträge aus der Wertsteigerung des Vermögens dieser beitragsabhängigen Fonds. Die Gebühren für die Verwaltung und Steuerung der Investitionen und Vermögenswerte der Teilnehmer und Leistungsempfänger entsprechen der Definition einer Reihe unterschiedlicher Dienstleistungen, die im Wesentlichen gleich sind und das gleiche Modell der Übertragung auf den Kunden haben, Zinserträge und Zinsaufwendungen werden dem Zeitraum zugeordnet, auf den sie sich zeitlich und sachlich beziehen. Eine detaillierte Beschreibung der einzelnen Ertragskomponenten des Unternehmens ist in Punkt C) der ergänzenden Informationen enthalten.

B14) Ergänzende Informationen

Informationen über die Höhe der Vergütung der Zusatzrentengesellschaft.

Die Gesellschaft hat gemäß § 35 des Gesetzes über DDS-Anspruch auf:

- Vergütung für die Verwaltung der Fonds
- Vergütung für die Wertsteigerung des Vermögens im Aktien-D.d.f., Beitrags-D.d.f. und Index-D.d.f. und der konservativen Pensionskasse
- Vergütung für den Wechsel eines Teilnehmers zu einer anderen Zusatzrentengesellschaft
- Vergütung für Abfindungen gemäß § 87n Abs. 10) des Gesetzes über die DDS

Die Vergütung für die Verwaltung des Aktienfonds, des ausgewogenen Fonds und des Indexfonds beträgt für das Jahr 2024 1,05 % des durchschnittlichen jährlichen Nettovermögenswerts der Fonds (für das Jahr 2023: 1,15 %). Die Vergütung für die Verwaltung des Konservativen d.d.f. beträgt für das Jahr 2024 0,9 % des durchschnittlichen jährlichen Nettovermögenswerts des Fonds. Die Vergütung für die Verwaltung des Auszahlungsfonds d.d.f. für das Jahr 2024 beträgt 0,60 % des durchschnittlichen jährlichen Nettovermögenswerts dieses Fonds (für das Jahr 2023: 0,60 %). Die Vergütung für die Wertsteigerung des Vermögens in den Zusatzrentenfonds wird an jedem Werktag gemäß Berechnung in den jeweiligen Statuten der einzelnen Zusatzrentenfonds.

Die Vergütung für den Wechsel eines Teilnehmers zu einer anderen Zusatzrentengesellschaft beträgt innerhalb eines Jahres nach Abschluss des Teilnehmervertrags höchstens 5 % des Wertes des Guthabens auf dem persönlichen Konto des Teilnehmers am Tag dem Tag vor dem Wechsel. Die Ansprüche auf die Höhe der Vergütungen in den einzelnen Fonds sind in den Fondsstatuten in Teil VI.

Informationen zur Sozialversicherung

Das Unternehmen zahlt Beiträge an die Krankenkassen und die Sozialversicherung in Höhe der gesetzlichen Sätze die während des Jahres gelten und aus der Bruttolohnsumme berechnet werden. Die Sozialversicherungskosten werden in dem Zeitraum verbucht, in dem die entsprechenden Löhne abgerechnet werden. Die Gesellschaft bildet keine weiteren Versicherungsfonds für Mitarbeiter.

Das Unternehmen beteiligt sich an einem Zusatzrentenprogramm für Mitarbeiter, aus dem entstehen für die Gesellschaft keine nicht abgeglichenen Verpflichtungen gegenüber den Mitarbeitern.

Informationen zu gesetzlichen Anforderungen

Gemäß den Bestimmungen des Gesetzes über die DDS ist die Gesellschaft verpflichtet, die gesetzlich festgelegten Höchstbeträge Grenzen und Beschränkungen für die Anlage von Vermögenswerten in Zusatzrentenfonds einzuhalten. Die Regeln für Beschränkungen und Risikostreuung sind in den Fondsstatuten unter Punkt v. aufgeführt und auf der Website des Unternehmens veröffentlicht. Zum 31. Dezember 2024 hat die Gesellschaft alle genannten Grenzen und Beschränkungen gemäß dem DDS-Gesetz eingehalten.

C) Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Abschlüsse der Gesellschaft

1) Langfristige immaterielle Vermögenswerte – Zusammenfassung der Bewegungen für das am 31.12.2024 endende Geschäftsjahr

Vermögenswerte (brutto)	Nr.	zum 1.1.2024	Zugänge	Abgänge	zum 31.12.2024
B.I. Langfristige immaterielle Vermögenswerte Summe	1	2.675.697	177 935	-	2 853 632
1. Anschaffung von DNHM			30.000	-	30 000
2. Software	2	2 641 914	147 935	-	2.789.849
3. Handelsmarke	3	3 926	-	-	3926
4. DNHM (von 332 Euro bis 2.400 Euro)	4	29857	-	-	29857
B.II. Abschreibungen auf immaterielle immateriellen Vermögenswerten Summe	5	(2124428)	(168 879)		(2293307)
1. Abschreibungen auf Software	6	(2.095.757)	(167 281)		(2 263 038)
2. Abschreibungen auf Marken	7	(3 717)	(209)		(3 926)
3. Abschreibungen auf immaterielle	8	(24.954)	(1 389)		(26 343)
Restwert des immateriellen immateriellen Vermögenswerte (Γ.1+Γ.5)	9	551 269	9 056		560 325

Langfristige immaterielle Vermögenswerte – Zusammenfassung der Bewegungen für das am 31.12.2023 endende Jahr

Vermögenswerte (brutto)	Nr.	zum 1.1.2023	Zugänge	Abgänge	zum 31.12.2023
B.I. Langfristige immaterielle Vermögenswerte Summe	1	2 640411	72 492	37 205	2 675 698
1. Software	2	2.584.885	72 492	15 463	2.641.914
2. Handelsmarke	3	3 926	-	-	3 926
4. DNHM (von 332 Euro bis 2.400 Euro)	4	51.600	-	21 742	29 858
B.II. Abschreibungen auf immaterielle immateriellen Vermögenswerten Summe	5	(2 005308)	(156 325)	(37 205)	(2 124 428)
1. Abschreibungen auf Software	6	(1 957 207)	(154 013)	(15463)	(2 095 757)
2. Abschreibungen auf die Marke	7	(3 324)	(393)	-	(3 717)
3. Abschreibungen auf immaterielle	8	(44 777)	(1 919)	(21 742)	(24 954)
Restwert des immateriellen immateriellen Vermögens (Γ.1+Γ.5)	9	635 103	(83 833)		551 270

2) Langfristige Sachanlagen – Zusammenfassung der Bewegungen für das am 31.12.2024 endende Jahr

Vermögenswerte (brutto)	Nr.	zum 1.1.2024	Zugänge	Abgänge	zum 31.12.2024
B.I. Langfristige Sachanlagen Summe (r.02 bis 07)					
1. Recht auf Nutzung des Vermögens	1	1 275 015	35 190	115 552	1 194 653
2. Sam. HV und Satz HV -stehend, zugänglicher	2	601 144			601 144
3. Sam. HV und Ensemble – Transportmittel	3	209 013	31 118	12 307	227 824
4. Sam. HV – Inventar	4	344 975		103 020	241 955
5. Sam. HV – Inventar	5	69192			69192
6. Sonstige Sachanlagen	6	50 419	4 072	225	54 266
7. Sonstige Sachanlagen	7	272	-		272
B.II. Abschreibungen auf Sachanlagen Summe (r 09 bis 14)					
1. Abschreibungen auf das Recht zur Nutzung von	8	(551 993)	(164 037)	(115 552)	(600 478)
2. Abschreibungen auf Maschinen, Anlagen und Geräte	9	(155 590)	(96 072)		(251 662)
3. Abschreibungen auf Transportmittel	10	(192 214)	(12 566)	(12 307)	(192 473)
4. Abschreibungen auf Transportmittel	11	(153486)	(37 296)	(103 020)	(87 762)
5. Abschreibungen auf Vorräte	12	(8.508)	(11 003)		(19511)
6. Abschreibungen auf SHV (von 166 bis 1700)	13	(41 923)	(7 100)	(225)	(48 798)
7. Abschreibungen auf sonstige Sachanlagen	14	(272)	-		(272)
8. Abschreibungen auf sonstige Sachanlagen	15	723 022	(128 848)	-	594 174
B. III. Restwert der Sachanlagen					

Langfristige Sachanlagen – Zusammenfassung der Bewegungen für das am 31.12.2023 endende Geschäftsjahr

Vermögenswerte (brutto)	Nr.	Kl.1.2023	Zugänge	Abgänge	zum 31.12.2023
B.I. Langfristige Sachanlagen Summe (r.02 bis 07)					
1. Recht auf Nutzung des Vermögens	1	1 595 491	719 535	1040 011	1 275015
2. Sam. HV und HV-Maschinen, Geräte	2	931 979	472 580	803 415	601 144
3. Sam. HV und Ensemble – Transportmittel	3	229 106	7 678	27 771	209 013
4. Sam. HV und Ensemble – Transportmittel	4	244 962	169263	69 250	344 975
5. Sam. HV – Inventar	5	68 849	60 946	60 603	69192
6. Sonstige langfristige Sachanlagen	6	66 678	9 068	25 327	50
7. Sonstige langfristige Sachanlagen	7	53 917	-	53 645	272
B.I 1. Abschreibungen auf Sachanlagen Summe (Zeile 09 bis 14)					
1. Abschreibungen auf das Recht zur Nutzung von	8	(1 028 388)	(563 616)	(1040 011)	(551 993)
2. Abschreibungen auf Maschinen und Geräte	9	(441 350)	(517 655)	(803 415)	(155 590)
3. Abschreibungen auf Maschinen und Geräte	10	(196 341)	(23 644)	(27 771)	(192 214)
4. Abschreibungen auf Transportmittel	11	(208.504)	(14 232)	(69 250)	(153 486)
5. Abschreibungen auf Inventar	12	(66 699)	(2412)	(60 603)	(8 508)
6. Abschreibungen auf SHV (von 166 bis 1700)	13	(61 577)	(5 673)	(25 327)	(41 923)
7. Abschreibungen auf sonstige Sachanlagen	14	(53 917)	-	(53645)	(272)
B.III. Restwert der Sachanlagen	15	567 103	155 919	-	723 022

Abkürzungen: DNHM – immaterielle langfristige Vermögenswerte, DHM – materielle langfristige Vermögenswerte HV – bewegliche Sachen

Art und Höhe der Versicherung von Sachanlagen

Die Kraftfahrzeuge, die sich zum 31.12.2024 im Besitz der Gesellschaft befinden, sind bei der Slovenská poisťovňa Allianz, a. s. Flottenvertrag für die obligatorische Haftpflichtversicherung Nr. 8080074463. Für den Fall einer Beschädigung oder Zerstörung der Fahrzeuge und Diebstahl hat die Gesellschaft für diese Fahrzeuge eine Kaskoversicherung bei der UNIQUA poisťovňa, a.s., abgeschlossen, die den Versicherungsbestand der Colonnade Insurance S.A. übernommen hat. In dieser Gesellschaft sind auch die langfristigen Sachanlagen versichert. die den Versicherungsbestand der Colonnade Insurance S.A. übernommen hat. Bei dieser Gesellschaft ist auch das langfristige Sachvermögen gegen Elementarereignisse und Diebstahl versichert, das sich in den einzelnen Niederlassungen und im Gebäude in der Žriedlová-Straße in Košice. Auf das Vermögen, über das die Gesellschaft wirtschaftlich verfügen kann, wurde kein Pfandrecht bestellt. Die Verträge Versicherungsverträge werden auf unbestimmte Zeit abgeschlossen.

3) Zeitlich abgegrenzte Kosten für den Abschluss von Verträgen

<i>Posten</i>	<i>31.12.2024</i>	<i>31.12.2023 (angepasst)</i>
Stand zu Beginn des Jahres	3.930.354	3 727 825
Ausgaben für den Abschluss von Verträgen, die im Laufe des Jahres bezahlt wurden	990 077	646.571
Verrechnung in die Aufwendungen während des Jahres	(468 581)	(444 042)
Stand zum Jahresende	4 451 850	3 930 354

Das Unternehmen hat die Bilanzierungsmethode für abgegrenzte Aufwendungen für den Erwerb von Verträgen geändert. Die Erläuterung der Änderungen und die Bezifferung ihrer Auswirkungen sind in Abschnitt B1 beschrieben.

4) Forderungen aus latenten Ertragsteuern

<i>Posten</i>	<i>Stand zum 31.12.2024</i>	<i>Stand zum 31.12.2023 (angepasst)</i>
Latente Steuern – Steuerforderung	276	335 142
Gesamt	276 885	335 142

Latente Steuerforderungen entstehen bei temporären Differenzen zwischen dem Steuerwert von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten und ihrem Buchwert zu Bilanzierungszwecken. Die latente Steuerforderung zum 31.12.2024 beträgt 276 885 Euro. Die latente Steuerforderung wurde für den Vergleichszeitraum angepasst, d. h. um 126.748 Euro erhöht aufgrund einer Änderung der Rechnungslegungsgrundsätze erhöht. Die latente Steuerforderung zum 31.12.2024 beträgt 276.885 Euro.

Die Berechnung der latenten Steuerforderung ist in der folgenden Übersicht dargestellt:

Posten	31.12.2024	31.12.2023 (angepasst)
Temporäre Differenzen zwischen dem Buchwert des Vermögenswerts und der Steuerbemessungsgrundlage, davon:	17 080	522 740
abzugsfähig	23 844	603 563
steuerpflichtig	6 764	80 823
Temporäre Differenzen zwischen dem Buchwert der Verbindlichkeiten und Steuerbemessungsgrundlage, davon:	1 136 607	1 073 174
abzugsfähig	1 136 607	992 351
steuerpflichtig		
Zwischensumme	1 153 687	1 595 914
Einkommensteuersatz (in %)	24	21
Latente Steuerforderung	276 885	335 142
Steuerforderung für den vorangegangenen Zeitraum (angepasst)	335 142	299 133
Latente Steuererträge / (Aufwendungen)	(58 254)	36 009

5) Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Posten	Stand zum 31.12.2024	Stand zum 31.12.2023
Kasse Inland, Ausland	5 628	562
Wertpapiere	87	60 619
Betriebskonten	286 106	696 590
Lohnkonto	13 696	255 891
Konto für nicht zugeordnete Zahlungen	176 700	263 051
O/N in SLSP	4 603 080	-
Gesamt	5 176 487	1 281 773

Der Posten „Geld und Geldäquivalente“ umfasst auch ein Konto für nicht zugewiesene Zahlungen, auf das die Sparer ihre Beiträge auf monatlicher Basis überweisen, wobei der Kontostand die nicht abgeglichenen Beitragszahlungen auf die bis zum 31. Dezember 2024 eingegangenen Zahlungen. STABILITA, d.d.s, a.s. ist verpflichtet, diese Mittel auf die einzelne Fonds zu übertragen.

6) Forderungen gegenüber Banken

Posten	Stand zum 31.12.2024	Stand zum 31.12.2023
KTV in SLSP	-	4 457 165
KTV in der Tatra Bank 14.05.2024	-	1 508 184
O/N bei SLSP	-	-
Gesamt:		5 965 349

Zum 31.12.2024 wies das Unternehmen in seinem Vermögen keine Finanzmittel auf Konten für kurzfristige. Die Tabelle enthält eine Übersicht über kurzfristige Termineinlagen (KTV) zusammen mit den entsprechenden Zinserträgen, die sich auf den vergangenen Zeitraum beziehen.

7) Forderungen gegenüber verwalteten Zusatzrentenfonds

Posten	Stand zum 31.12.2024	Stand zum 31.12.2023
Forderung aus der Verwaltung des Beitragsfonds	620	335 252
Forderung aus der Verwaltung des Auszahlungsfonds	23 404	17
Forderung aus der Verwaltung und Bewertung des Aktienfonds	114	104
Forderung aus der Verwaltung eines Indexfonds	6 642	16
Forderung aus der Verwaltung eines konservativen Fonds	1 673	1 640
Gesamt	826 472	476

Die Forderungen beziehen sich auf Vergütungen für die Verwaltung und Wertsteigerung der Fonds zum 31. Dezember 2024.

8) Steuerforderungen

Steuerforderungen oder -verbindlichkeiten stellen die Differenz zwischen den gezahlten Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer juristischer Personen und der für das Jahr 2024 zu zahlenden Steuer. Die gezahlten Steuervorauszahlungen beliefen sich auf 152 078 EUR, die für das Jahr 2024 in Höhe von 1 131 473 EUR. Der Betrag in Höhe von 941 008 EUR ist der Betrag der Verbindlichkeit aus der fälligen Steuer (nach Abzug der gezahlten Vorauszahlungen und Quellensteuern) in Höhe von 735 926 EUR und der Verbindlichkeit für eine Sonderabgabe in Höhe von 205.082 EUR, die in der Bilanz unter der Position Verbindlichkeiten aus fälligen Einkommensteuern und Sonderabgaben ausgewiesen sind.

9) Struktur der sonstigen kurzfristigen Vermögenswerte

Posten	Stand zum 31.12.2024	Stand zum 31.12.2023
Gewährte Vorschüsse im Inland	35	18
Aufwendungen für zukünftige Perioden	27	43154
Material auf Lager	2 305	2 257
Sonstige Forderungen	126 899	-
Gesamt	192 231	63 954

Die geleisteten Vorauszahlungen sind feste Mietvorauszahlungen für die Kontaktstellen in Bratislava, Nitra, Košice und Trenčín. Die Kosten zukünftiger Perioden sind Kosten, die sich auf die gezahlten Mieten für das erste Quartal 2025 für den Zeitraum 2024-2025, die aus diesem Grund zeitlich abgegrenzt sind. Das Material im Lager umfasst den Restbestand an Kleinmaterial für den Bürobedarf und Formulare für den Abschluss von Zusatzrentenversicherungen. Sonstige Forderungen stellen Aufstellungen der Sparer dar, die bis zum 31.12.2024 keine Zahlung gemäß den angegebenen Aufstellungen geleistet haben.

10) Langfristige Leasingverbindlichkeiten

Posten	Stand zum 31.12.2024	Stand zum 31.12.2023
Verbindlichkeiten aus Leasing	249	346 481
Gesamt	249.509	346 481

Der Posten „Verbindlichkeiten aus Leasingverhältnissen“ umfasst den Wert der Verbindlichkeiten für Mietzahlungen gemäß IFRS 16, wobei sich die Leasingverhältnisse beziehen sich auf Kontaktstellen in Bratislava und Košice. Der Gesamtwert der langfristigen Leasingverbindlichkeiten, deren Fälligkeit mehr als ein Jahr beträgt, beläuft sich nach Abzinsung zum 31.12.2024 auf 249 509 EUR.

10a) Kurzfristige Verbindlichkeiten aus Leasing

Posten	Stand zum 31.12.2024	Stand zum 31.12.2023
Verbindlichkeiten aus Leasing	99 708	88 281
Gesamt	99 708	88281

Kurzfristige Verbindlichkeiten aus Leasing sind Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr.

11) Rückstellungen für Treueprogramme

Posten	Stand zum 31.12.2024	Stand zum 31.12.2023
Rückstellungen für Treueprogramm	481	473 988
Davon Rückstellung für das 15. Jahr kostenlos	116	130
Gesamt	493 301	487038

Übersicht über die Bewegungen der Rückstellung für das Treueprogramm für das Jahr 2024

Posten	Stand zum 1.1.2024	Inanspruchnahme für das Jahr 2024	Bildung der Rückstellung für das Jahr 2021	Sonstige Effekte	Stand zum 31.12.2024
Rückstellung für Treueprogramm	47398	(74303)	60107	21810	481609
Reserve für das 15. Jahr kostenlos	13048	1783	428	-	11693
Zum 31. Dezember 2024	487 036	(72 520)	60535	21810	493301

Übersicht über die Bewegungen der Rückstellung für das Treueprogramm für das Jahr 2023

Posten	Stand 1.1.2023	Inanspruchnahme für das Jahr 2023	Bildung der Rückstellung für das Jahr 2023	Eigene Effekte	Stand zum 31.12.2023
Rückstellung für Treueprogramm	466632	(54266)	57358	4093	473988
Reserve für das 15. Jahr kostenlos	15776	(3331)	603	-	13048
Zum 31. Dezember 2023	482408	(57 597)	57961	4093	487036

Die Rückstellungen für das Treueprogramm stellen den Saldo der Bildung einer langfristigen Rückstellung dar, die unter Punkt B8 beschrieben ist. Sie wird einmal jährlich aus den Beiträgen der Sparer gebildet, und ihre Höhe hängt vom Wert der monatlichen Beiträge jedes Teilnehmers ab. Teilnehmers. Aufgrund der Entwicklung auf den Finanzmärkten im Jahr 2024 kam es zu einem Rückgang der Zinssätze und damit auch zu einem Rückgang des Zinssatzes, mit dem die künftigen Inanspruchnahmen und Nichtinanspruchnahmen von Punkten aus dem Treueprogramm abgezinst werden, und diese sind deutlich höher als im Vorjahr. Die Änderung des verwendeten Diskontsatzes beträgt von 3,80 % im Jahr 2023 auf 3,60 % im Jahr 2024.

12) Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer

Posten	Stand zum 31.12.2024	Stand zum 31.12.2023
Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer	256	263 647
Gesamt	256	263 647

Die Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer entsprechen dem Saldo der Rückstellungen gemäß IAS 19. Die Rückstellung deckt die Verpflichtung zur Zahlung einer Ablösungsbeträge, bei denen der Arbeitnehmer bei seinem ersten Eintritt in den Ruhestand ein Vielfaches des Durchschnittslohns erhält, das in einer internen Richtlinie des Unternehmens festgelegt ist, sowie Jubiläumsleistungen, bei denen der Arbeitnehmer nach Erreichen einer bestimmten Betriebszeit gemäß den internen Richtlinien eine Vergütung erhält. Diese Leistungen erhöhen sich mit der der im Unternehmen geleisteten Arbeitsjahre des Mitarbeiters.

Die versicherungsmathematischen Annahmen für die Berechnung der Rückstellung sind in der folgenden Tabelle zusammengefasst

Posten	2024	2023
Durchschnittliche Fluktuationsrate	3,50	4,00
Durchschnittlicher Lohnanstieg	0,00	4,00
Durchschnittlicher Diskontsatz	3,60	3,60

Sensitivitätsanalyse zum 31.12.2024

Verwendung	Diskontsatz 0,25 % zum 31.12.2024	Diskontsatz 0,25 % zum 31.12.2024	Fluktuation -1-0,25 % Veränderung Verpflichtungen 31.12	Fluktuation 0,25 % Veränderung Verpflichtungen 31.12.2024
Abfindungen (Altersrente, Invalidität)	-1,32	1,35	-1,54	1,57
Arbeits- und Lebensjubiläen	-1,27	1,30	-1,49	1,52
Insgesamt	-1,30	1,33	-1,53	1,56

Tabelle mit einer Übersicht über die Veränderungen der Leistungen an Arbeitnehmer für die Jahre 2023 und 2024:

Posten	Gewinnanteile nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	
	Jahr 2024	Jahr 2023
Wert der Verbindlichkeiten zum 1. Januar	263 647	294 094
In der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Werte	(44 017)	14 347
Aufwendungen für laufende Dienstleistungen	(34 818)	24 934
Zinsaufwand	(9 199)	(10 587)
Ausgezahlte Leistungen	(51 456)	(16100)
Wert der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember des Jahres	256208	263 647

13) Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten

Posten	Stand zum 31.12.2024	Stand zum 31.12.2023
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Posten 14)	135230	101 045
Gesamt	135230	101 045
Verbindlichkeiten gegenüber Fonds	303 598	263 051
Sozialfonds	42 251	29168
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern	85 691	121
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen	114.831	112
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	422 556	334 027
Steuerverbindlichkeiten	32 335	32
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten, (Posten 14a)	1 001 262	892

Der Posten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen umfasst Verbindlichkeiten gegenüber Lieferanten mit einer Laufzeit von 14 Tagen. Der Betrag Gesamtverbindlichkeiten zum 31. Dezember 2024 in Höhe von 135 230 Euro aus unbezahlten Rechnungen an Vermittler, Rechnungen für Telekommunikationsdienstleistungen und Software-Updates, die auf monatlicher Basis in Rechnung gestellt werden. Zum 31.12.2024 hat das Unternehmen keine überfälligen Verbindlichkeiten oder Verbindlichkeiten, deren Restlaufzeit mehr als einen Monat nach dem Datum der Erstellung des Jahresabschlusses beträgt. Verbindlichkeiten gegenüber Fonds stellen generierte Aufstellungen, denen zum Ende des Rechnungszeitraums keine Zahlung zugeordnet war.

Der Posten Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern umfasst Personalkosten im Zusammenhang mit nicht ausgezahlten Vergütungen und nicht genommenem Urlaub. Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten für nicht in Rechnung gestellte Lieferungen, kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber ausgewählten externen Mitarbeitern und Aufwendungen für zukünftige Perioden. Steuerverbindlichkeiten sind direkte Steuern aus der abhängigen Tätigkeit gegenüber Mitarbeitern.

Bildung und Inanspruchnahme des Sozialfonds in den Jahren 2024 und 2023:

Posten	2024	2023
Stand des Sozialfonds zu Beginn des Jahres:	29 168	16 708
Bildung des Sozialfonds	49 330	46 817
Verwendung – Verpflegungszuschüsse	(35 256)	(34 220)
Verwendung – Sonstiges	(990)	(137)
Stand des Sozialfonds zum Jahresende:	42 251	29 168

Ein Teil des Sozialfonds wird gemäß dem Gesetz über den Sozialfonds obligatorisch zu Lasten der Aufwendungen gebildet, ein Teil wird vom Unternehmen als freiwillige Zuweisung gebildet, die als Aufwandsposten nicht in die Bemessungsgrundlage für die Berechnung der aus den Einnahmen nicht berücksichtigt wird. Der Sozialfonds wird gemäß dem Gesetz über den Sozialfonds für gesundheitliche, soziale, Freizeit- und sonstige Bedürfnisse, wie in der Tabelle angegeben.

14) Verbindlichkeiten aus fälliger Einkommensteuer und Sonderabgabe

Die Einkommensteuer wird gemäß dem Gesetz Nr. 595/2003 Slg. über die Einkommensteuer in der jeweils gültigen Fassung auf der Grundlage der in der Gewinn- und Verlustrechnung nach IFRS ausgewiesenen Ergebnisse. Die Einkommensteuer wird den Aufwendungen der Gesellschaft in dem Zeitraum, in dem die Steuerpflicht entsteht, und wird in der Bilanz aus der Steuerbemessungsgrundlage das sich aus dem Ergebnis vor Steuern ergibt, das für die 12 Monate des Jahres 2024 einen Betrag von 4 913 115 EUR. Durch die Verrechnung der geleisteten Vorauszahlungen in Höhe von 152 078 EUR und der fälligen Steuer in Höhe von 934.169 EUR entsteht der Gesellschaft eine Steuerschuld aus der fälligen Steuer in Höhe von 735.926 EUR, die in Punkt 8) der Anmerkungen beschrieben. Die Gesellschaft weist außerdem eine Verpflichtung zur Sonderabgabe in Höhe von 205.082 EUR aus.

15) Grundkapital

Das Grundkapital der Gesellschaft besteht zum 31.12.2024 aus 50.000 Aktien mit einem Nennwert von 33,20 EUR. Die Aktien der Gesellschaft repräsentieren die Rechte der Aktionäre als Gesellschafter, gemäß dem Gesetz und der Satzung an der Leitung der Gesellschaft, an der Gewinnverteilung und am Liquidationserlös nach Auflösung der Gesellschaft durch Liquidation.

Informationen über die Aktionäre der Zusatzrentengesellschaft

Aktionäre	Wert der Beteiligung in ZI zum 31.12.2024	Anteil an ZI k / „l J2.2024» %	Wert der Beteiligung an ZI zum 31.12.2023	Anteil am ZI zum 31.12.2023 in %
Eisenbahn der Slowakischen Republik	917 316	55,26	917 316	55,26
IAD Investmente, správ.spol.a.S.,	741 854	44,69	741 854	44,69
ISC Group Funding, j.s.a.	332	0,02	830	0,05
Ján Grega	498	0,03	-	
Gesamt:	1 660 000	100	1 660 000	100

Die Übertragung der Aktienrechte des Aktionärs Marek Szabó, die 0,05 % aller Aktien der Gesellschaft ausmachten, am 29.6.2023, neuer Aktionär wurde die Gesellschaft ISC Group Funding, j.s.a. Die Übertragung der Aktionärsrechte des Aktionärs ISC Group Funding, j.s.a. erfolgte am 16.9.2024, neuer Aktionär wurde Ján Grega mit einem Anteil von 0,03 % des Grundkapitals der Gesellschaft.

15a) Aus Gewinnen gebildete Fonds

Der Gesamtwert der Rücklagen belief sich zum 31.12.2023 auf 332.000 EUR (zum 31.12.2022: 332.000 EUR), womit die vorgeschriebene Zuweisung in Höhe von 20 % des Stammkapitals gemäß § 217 Abs. 1 des Handelsgesetzbuches 513/1991 Z.z. erfüllt ist.
217 Abs. 1. Die Rücklagen bestehen aus Rückstellungen, die gemäß den gesetzlichen Anforderungen aus dem Gewinn gebildet wurden. Die gesetzlichen Rücklagen sind nicht zur Ausschüttung an die Aktionäre verfügbar.

Ausschüttung von Dividenden im Jahr 2024

Die Hauptversammlung hat den Einzelabschluss, den Jahresbericht und die Gewinnverteilung für das Jahr 2023 genehmigt und Dividenden in Höhe von 6.000.000 EUR an die Aktionäre ausgeschüttet.

16) Nicht ausgeschütteter Gewinn

Die Veränderungen des nicht ausgeschütteten Gewinns sind in der Eigenkapitalveränderungsrechnung sowie in der Anmerkung „Änderung der Rechnungslegungsgrundsätze und Korrektur von Fehlern früherer Perioden in Teil B1 der Anhangangaben.

17) Beschreibung der Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Erträge aus Vergütungen und Provisionen

<i>Posten</i>	<i>31.11.2024</i>	<i>31.11.2023</i>
Vergütung für die Verwaltung von Zusatzrentenfonds	5034	4 814 268
Vergütung für die Bewertung	4461	49
Vergütung für Abfindungen und Transfers	104.097	100472
Gesamt:	9599 998	4 963 833

Das Unternehmen hat für das Jahr 2024 Erträge aus der Verwaltung und Führung von Zusatzrentenfonds ausgewiesen. Eine Übersicht über die Höhe der Erträge ist in der Tabelle aufgeführt.

(18) Aufwendungen für Vergütungen und Provisionen

<i>Posten</i>	<i>31.12.2024</i>	<i>31.11.2023 (angepasst)</i>
Vergütungen für Vermittlungstätigkeiten	(468 581)	(444 042)
Gesamt	(468 581)	(444 042)

Der Posten „Aufwendungen für Vergütungen und Provisionen“ umfasst Vermittlungsaufwendungen, die das Unternehmen ab dem 1. Januar 2018 abgrenzt, sowie sonstige direkte Aufwendungen für den Abschluss von Kundenverträgen, die im Jahr 2024 geändert wurden und sonstige direkte Kosten für den Abschluss von Kundenverträgen. Im Jahr 2024 kam es zu einer Änderung der Rechnungslegungsgrundsätze der Rechnungslegungsgrundsätze und Fehlerkorrekturen, die in Abschnitt B1 beschrieben sind.

19) Personalkosten

<i>Posten</i>	<i>31.11.2024</i>	<i>31.11.2023</i>
Lohnkosten und Vereinbarungen	(1 278 489)	(1 272 918)
Vergütungen für Mitglieder des Vorstands (monatlich, jährlich)	(302.570)	(225 390)
Vergütungen für Mitglieder des Aufsichtsrats	(61.322)	(43440)
Sozialversicherungskosten	(553 820)	(483 052)
Mitarbeiterschulungen	(7 957)	(7 209)
Beitrag zur betrieblichen Verpflegung	(43 091)	(41 837)
Beitrag zur DDS	(69485)	(73 668)
Ersatz für Prämien bei DPN	(2 349)	(2 860)
Obligatorische und freiwillige Bildung eines Sozialfonds	(49 330)	(46 816)
Sonstige Leistungen an Arbeitnehmer	(80 196)	(19 747)
Gesamt	(2.448.609)	(2 216 937)

Die Tabelle gibt einen Überblick über die Personalkosten des Unternehmens, die detailliert nach einzelnen Kostenpositionen aufgeschlüsselt.

20) Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

<i>Posten</i>	<i>31.12.2024</i>	<i>31.11.2023</i>
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	(67 966)	(45963)
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	(168880)	(156325)
Abschreibungen auf Vermögenswerte – Leasing	(96072)	(101 542)
Gesamt:	(332 918)	(303830)

21) Sonstige betriebliche Erträge

<i>Posten</i>	<i>31.12.2024</i>	<i>31.12.2023</i>
Sonstige betriebliche Erträge	2	27 730

Der Posten „Sonstige Erträge“ im Jahr 2024 entspricht der Auflösung von Rückstellungen für Energie an einzelnen Kontaktstellen Standorten.

22) Sonstige Betriebskosten

<i>Position</i>	<i>31.12.2024</i>	<i>31.12.2023 (angepasst)</i>
Materialverbrauch	(142 166)	(192 854)
Dienstleistungen (eingeaufte Leistungen) davon:	(1.179.064)	(1 902 557)
- Kosten für technische Ausstattung	(417 658)	(357 177)
- Miete	(146 787)	(102429)
* Prüfung des Jahresabschlusses	(37 621)	(29 880)
- sonstige Bestätigungsleistungen	-	-
- Steuerberatung	(7 000)	(6 000)
- sonstige nicht prüfungsbezogene Dienstleistungen	-	-
- Rechtsdienstleistungen und Beratung	(12 228)	(17 559)
- Werbekosten	(175 377)	(147 125)
- sonstige erbrachte Dienstleistungen	(382 393)	(432 387)
Sonstige Steuern und Abgaben	(12 796)	(16 453)
Versicherung von Vermögenswerten	(9108)	(8409)
Bildung langfristiger Rückstellungen für das Treueprogramm	(80 535)	(58 916)
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(16 719)	(20 270)
Pauschale Aufwendungen für VFA	(156 002)	(144 045)
Gesamt	(1 596 390)	(1 533 504)

Die Kosten für Wirtschaftsprüfungsleistungen sind Kosten für die Prüfung des Einzelabschlusses und des Lageberichts zum 31.12.2024. Die Gesellschaft Deloitte Audit s.r.o. hat der Gesellschaft im Jahr 2024 folgende Dienstleistungen erbracht:

<i>Posten</i>	<i>31.12.2024</i>	<i>31.12.2023</i>
Prüfung des Jahresabschlusses	(37621)	(29980)
Bestätigungsleistungen mit Ausnahme der Prüfung des Jahresabschlusses	-	-
Verbundene Prüfungsleistungen	-	-
Steuerberatung	-	-
Sonstige Wirtschaftsprüfungsleistungen	-	-
Insgesamt:	(37621)	(29980)

23) Finanzielle Einnahmen

<i>Posten</i>	<i>31.12.2024</i>	<i>31.12.2023</i>
Zinsen aus Termineinlagen	180 702	181 038
Zinsen aus Girokonten	-	-
Gesamt	180 702	181038

24) Finanzielle Aufwendungen

<i>Posten</i>	<i>31.12.2024</i>	<i>31.12.2023</i>
Zinsaufwand	(23 362)	(15596)
Gesamt	(23.362)	(15596)

Die Zinsaufwendungen im Jahr 2024 bestehen aus der Verzinsung der Rückstellungen für Leasingverhältnisse und Leistungen an Arbeitnehmer.

25) Ertragsteuern

<i>Posten</i>	<i>31.12.2024</i>	<i>31.12.2023 (angepasst)</i>
Ertragsteuer – fällige Steuer	934	(106 281)
Ertragsteuer – latente Steuer	58254	(36 009)
Sonderabgabe	205 082	
Gesamt	1 197 505	(142290)

Die zu zahlende Einkommensteuer wird auf der Grundlage des in der Buchhaltung ermittelten Geschäftsergebnisses berechnet, das um dauerhafte bzw. vorübergehende Differenzen in Bezug auf steuerlich nicht anerkannte Aufwendungen des Unternehmens und nicht in die Steuerbemessungsgrundlage des jeweiligen Steuerzeitraums einbezogen werden.

<i>Posten</i>	31.12.2024		31.12.2023 (angepasst)	
	<i>Steuerbemessungsgrundlage</i>	<i>Steuer EUR</i>	<i>Steuer-Total EUR</i>	<i>Steuer EUR</i>
Gewinn/Verlust vor Steuern	4 913 115		658 692	
<i>davon theoretische Steuer</i>	21	1 031 754	21	138 325
Dauerhafte Unterschiede, die die Steuerbemessungsgrundlage erhöhen	75 035	15 757	84 444	17 733
Mit einem höheren Steuersatz besteuerte Primas		8217		-
Auswirkung der Steueränderung		(34 611)	-	-
Sonstige Unterschiede		(28 695)		(17768)
Sonderabgabe		205 082	-	-
Gesamt:	4 988 150	1 197 505	743 136	156058
Fällige Steuer	-	934 169	-	106281
Latente Steuern	-	58 254	-	36009
Sonderabgabe		205 082		-
Gesamt ausgewiesene Steuer	-	1 197 505	-	142290

Die theoretische Einkommensteuer wird ohne Berücksichtigung der Auswirkungen von hinzuzurechnenden und abzugsfähigen Posten berechnet.

Grundlage für die Berechnung ist der mit dem in dem jeweiligen Jahr geltenden Steuersatz besteuerte Bilanzgewinn.

D) Übersicht über die bedingten Aktiva und Passiva

Forderungen aus künftigen Krediten, Darlehen und Bürgschaften

- Die Gesellschaft hat zum 31.12.2024 keine Zusagen gemacht und hat auch keine Forderungen aus künftigen Krediten.

Gewährte Sicherheiten

- Die Gesellschaft hat keine Immobilien, Wertpapiere oder sonstigen Vermögenswerte als Sicherheiten gestellt.

Forderungen aus Kassageschäften, festverzinslichen Termingeschäften und Optionsgeschäften

- Die Gesellschaft hat zum 31.12.2024 keine Forderungen aus Derivatgeschäften.

Abgeschriebene Forderungen, in Verwahrung, Verwaltung oder Verwahrung übergebene Werte

- Die Gesellschaft verwaltet fünf Zusatzrentenfonds, deren Nettovermögenswert zum 31. Dezember 2024 und 31. Dezember 2023 ist im Abschnitt „Allgemeine Informationen zum Fonds“ auf Seite 7 angegeben.

Verbindlichkeiten aus künftigen Krediten, Darlehen und Bürgschaften

- Die Gesellschaft hat keine Darlehen, Bürgschaften oder Kredite aufgenommen.
- Das Unternehmen hat mit Vermietern Verträge über gemietete Räumlichkeiten an einzelnen Kontaktstellen abgeschlossen, deren Kündigungsfrist 6 Monate beträgt. Für diese Verträge wendet die Gesellschaft eine Vereinfachung für kurzfristige Leasingverhältnisse an. Der Wert der Verpflichtungen aus diesen Verträgen beträgt jährlich 69.836 EUR

Verbindlichkeiten aus Kassageschäften, festverzinslichen Geschäften, Optionsgeschäften

- hat die Gesellschaft zum 31.12.2024 keine Verpflichtungen aus Derivatgeschäften

F) Informationen über verbundene Parteien

Nahestehende Personen gemäß der Definition in IAS 24 sind insbesondere:

- a) Personen oder deren nahe Familienangehörige stehen in einer Beziehung zur Verwaltungsgesellschaft, wenn diese Person:
 - die Verwaltungsgesellschaft beherrscht oder gemeinsam mit anderen beherrscht,
 - wesentlichen Einfluss auf die Verwaltungsgesellschaft ausübt oder
 - ein Mitglied des leitenden Managements der Verwaltungsgesellschaft oder ihrer Muttergesellschaft ist.
- b) Ein Unternehmen ist mit einer Verwaltungsgesellschaft verbunden, wenn eine der folgenden Bedingungen zutrifft:
 - Die Rechnungslegungseinheit und die Verwaltungsgesellschaft sind Mitglieder derselben Gruppe (d. h. jede Muttergesellschaft, Tochtergesellschaft und Schwesterunternehmen sind miteinander verbunden)
 - Die Rechnungslegungsstelle ist ein verbundenes Unternehmen oder ein Gemeinschaftsunternehmen der Verwaltungsgesellschaft (oder ein assoziiertes Unternehmen oder ein Gemeinschaftsunternehmen eines Mitglieds der Gruppe, zu der die Verwaltungsgesellschaft gehört),
 - die Rechnungslegungsgesellschaft und die Verwaltungsgesellschaft sind gemeinsame Unternehmen derselben dritten Partei,
 - die Rechnungslegungsgesellschaft ist ein Gemeinschaftsunternehmen einer dritten Partei und die Verwaltungsgesellschaft ist eine verbundene der gleichen dritten Partei
 - die Rechnungslegungsstelle ist ein Programm für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses für Mitarbeiter entweder der Verwaltungsgesellschaft oder der Rechnungslegungsgesellschaft, die mit der Verwaltungsgesellschaft verbunden ist,
 - die Rechnungslegungsstelle, von der in Buchstabe a genannten Person beherrscht oder gemeinsam beherrscht wird, und
 - die Person, die die Verwaltungsgesellschaft beherrscht oder gemeinsam mit ihr beherrscht, einen maßgeblichen Einfluss auf die Rechnungslegungsstelle ausübt oder Mitglied des leitenden Managements der Rechnungslegungseinheit (oder der Muttergesellschaft dieser Rechnungslegungseinheit).

Bei der Beurteilung der Beziehungen zu jeder verbundenen Person wird der Schwerpunkt auf den Inhalt der Beziehung gelegt, nicht nur auf die Rechtsform Form der Beziehung.

Zusammenfassung der Transaktionen des Unternehmens mit verbundenen Parteien

Posten	31.12.	31.12.2023
Löhne und Vergütungen an gesetzliche Vertreter	302	225
Löhne und Vergütungen für den Aufsichtsrat	61	43 440
Gesamt	363 902	268 830

Zu den Transaktionen mit verbundenen Personen gehören auch Transaktionen mit verwalteten Fonds. Diese sind näher in den einzelnen Anmerkungen näher beschrieben.

G) Angemessenheit der Eigenmittel

Für die Zwecke des Kapitalmanagements definiert das Unternehmen das aufsichtsrechtliche Kapital. Das aufsichtsrechtliche Kapital ist das Kapital, das durch die Eigenkapitalvorschriften festgelegt ist. Bei der Quantifizierung des regulatorischen Eigenkapitals verfährt die Gesellschaft gemäß den geltenden Rechtsvorschriften, die dessen Struktur sowie dessen Mindesthöhe festlegen. Die Gesellschaft ist verpflichtet die Anforderungen an das regulatorische Kapital der Gesellschaft einzuhalten, die sich aus den einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes über DDS und seinen Durchführungsbestimmungen. Das regulatorische Kapital, das als Eigenmittel der Gesellschaft bezeichnet wird, aus den Kernkapital und dem Ergänzungskapital gebildet, deren Summe um den Wert, der der abzugsfähigen Posten verringert wird. Das aufsichtsrechtliche Kapital dient zur Deckung der Risiken, die sich aus der Tätigkeit der Gesellschaft ergeben. Die NBS als Aufsichtsbehörde verlangt, dass die Gesellschaft die im Gesetz über die DDS festgelegten Mindestkapitalanforderungen, die im Gesetz über DDS festgelegt sind. Das Unternehmen hält die Anforderungen des DDS-Gesetzes an die Mindestkapitalausstattung ein. Die folgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung des aufsichtsrechtlichen Kapitals der Gesellschaft und die Kapitaladäquanzkennzahlen gemäß dem DDS-Gesetz und seinen Durchführungsbestimmungen für die jeweiligen Jahre zum 31. Dezember:

Posten	12.2024	31.12.2023 (angepasst)
Eigenmittel der Gesellschaft		
Grundlegende Eigenmittel	8 920 770	11 186 590
Zusätzliche Eigenmittel		
Abzugsfähige Posten	560 325	551 270
Eigenmittel insgesamt:	8 360 445	10 635 320
Eigenmitteladäquanzkennzahlen:		
Eigenmittelgrenze gemäß § 33 Abs. 3 Buchstabe a) des Gesetzes über DDS	1 891 033	1 802 778
Obergrenze der Eigenmittel gemäß § 33 Abs. 3 Buchstabe b) des Gesetzes über DDS	1 094 500 ja	1 047 235 ja

H) Risikomanagement

Zum 31.12.2024 wies das Unternehmen in seinem Vermögen Finanzmittel aus, die auf Girokonten und Einlagenkonten bei einer Depotbank in Form von Termineinlagen mit einer kurzen Laufzeit von bis zu einem Monat. Termineinlagen stellen eine attraktive Einnahmequelle für das Unternehmen dar und passen aufgrund ihres konservativen Charakters konservative Natur in die bevorzugte Anlagestrategie des Unternehmens, deren Ziel die Wertsteigerung der freien liquiden Mittel bei geringem Risiko zur Deckung des eigenen Finanzbedarfs und zur Erfüllung der Verpflichtungen.

Risiken, denen das Vermögen des Unternehmens ausgesetzt war bzw. die die Höhe der Wertsteigerung beeinflussen könnten:

Das Zinsrisiko ist das Risiko eines Verlusts aufgrund von Änderungen der Zinssätze und deren Auswirkungen auf den Wert des Vermögens in d.d.f.. Bei steigenden Zinssätzen sinken die Preise für Schuldverschreibungen, bei sinkenden Zinssätzen steigen sie umgekehrt sinken die Preise für Schuldverschreibungen. Termineinlagen mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr werden nicht neu bewertet, ist der Einfluss des Zinsrisikos vernachlässigbar.

Das Reinvestitionsrisiko ist das Risiko, das mit einer Änderung der Zinssätze verbunden ist, in diesem Fall handelt es sich jedoch um ein Risiko ausschließlich auf der Seite der Zinssenkungen, bei denen der Anleger geringere Erträge erzielt. Die derzeitige Geldpolitik der EZB, die auch für 2025 eine Fortsetzung der Senkung des Leitzinses und damit eine Zinsen der Geschäftsbanken ableitet, führt zu einem Anstieg des Reinvestitionsrisikos in Form von immer niedrigeren Zinsen für Termineinlagen, insbesondere bei kürzeren Laufzeiten.

Kreditrisiko – Unter Risiko versteht man das Verlustrisiko, das dadurch entsteht, dass die vertragliche Gegenpartei, der Schuldner bzw. der Emittent aufgrund einer Verschlechterung seiner finanziellen Lage nicht in der Lage ist, seinen Verpflichtungen nachzukommen, oder nicht bereit ist, seinen zu erfüllen. Gleichzeitig kann es zu einer Verschlechterung der Marktwahrnehmung der Bonität der Gegenpartei kommen, was zu einem Wertverlust Wertpapieren auf dem Markt und damit zu einem Verlust für die investierende Gesellschaft führen. Im Rahmen des Risikomanagements überwacht die Kreditwürdigkeit unseres Verwahrers, der SLSP a.s., bei der die Geldmittel auf Giro- und Einlagenkonten. Die grundlegenden Finanzkennzahlen werden auch bei der Erste Group Bank, der Muttergesellschaft der SLSP, a.s., bzw. bei anderen Finanzinstituten, bei denen ein Einlagenkonto eingerichtet werden kann.

Währungsrisiko, d. h. das Risiko einer Wertänderung eines Finanzinstruments aufgrund von Wechselkursschwankungen. Das Unternehmen hat seine Finanzmittel ausschließlich in Girokonten und Einlagenkonten in Euro angelegt. Das Ausmaß des Währungsrisikos und der damit verbundene mögliche Verlust sind für die Gesellschaft unerheblich.

Das Liquiditätsrisiko ist die Situation, dass die Gesellschaft nicht über ausreichende liquide Mittel verfügt, um bestimmte finanzielle Verpflichtungen erfüllen muss. Im Interesse der Gesellschaft ist es wichtig, ihre Zahlungsfähigkeit dauerhaft aufrechtzuerhalten und gleichzeitig und fristgerecht zu erfüllen, woraus sich die Verpflichtung ergibt, ihre Vermögenswerte so zu verwalten, dass ihre Liquiditätsposition erhalten bleibt.

Der Nennwert der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, abzüglich der geschätzten Wertberichtigungen, entspricht in etwa ihrem beizulegenden Zeitwert. Der beizulegende Zeitwert der finanziellen Verbindlichkeiten in den Jahresabschlüssen wird nach der Methode

Diskontierung der künftigen vertraglichen Zahlungsströme unter Verwendung eines Diskontsatzes, der aus der Rendite von Staatsanleihen mit einer Laufzeit, die der Laufzeit der Verbindlichkeiten entspricht.

In der folgenden Übersicht ist die Fälligkeitsanalyse der einzelnen Aktiva der Bilanz dargestellt:

Liquiditätsposition der finanziellen Vermögenswerte zum 31.12.2024

Aktiva	0-1 Monat	1-3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1-5 Jahre	über 5 Jahre	Nicht angegeben	Insgesamt:
Geld und Geldäquivalente	5176486	-	-	-	-	-	5 176 486
Forderungen gegenüber Banken	-	-	-	-	-	-	-
Forderungen gegenüber d.d. fondom	826472	-	-	-	-	-	826472
Steuerforderungen	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt:	6 002 958	-	-	-	-	-	6 002 958

Liquiditätsposition der finanziellen Vermögenswerte zum 31.12.2023

Aktiva	0-1 Monat	1-3 Monate	3m-1rok	1-5 Jahre	Über 5 Jahre	Nicht bestimmt	Insgesamt:
Geld und Geldäquivalente	1 281 773	-	-	-	-	-	1 281 773
Forderungen gegenüber Banken	-	-	5 965 349	-	-	-	5 965 349
Forderungen gegenüber d.d.fondom	476 034	-	-	-	-	-	476034
Steuerforderungen	-	-	38 387	-	-	-	38 387
Insgesamt:	1 757 807	-	6 003 736	-	-	-	7 761 543

Liquiditätsposition der finanziellen Verbindlichkeiten nach Restlaufzeit zum 31.12.2024

Passiva	0-1 Monat	1-3 Monate	3 Monate-1 Jahr	1-5 Jahre	über 5 Jahre	Nicht bestimmt	Insgesamt:
Leasingverbindlichkeiten	-	-	99 708	249 509	-	-	349 217
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	135 230	1 001 262	-	-	-	-	1 136 492
Ertragsteuer	-	735 930	205 082	-	-	-	941 012
Insgesamt:	135 230	1 737 192	304 790	249 509	-	-	2 426 721

Liquiditätsposition der finanziellen Verbindlichkeiten nach Restlaufzeit zum 31.12.2023

Passiva	0-1 Monat	1-3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1-5 Jahre	über 5 Jahre	Nicht angegeben	Insgesamt:
Leasingverbindlichkeiten	-	-	88 281	346 481	-	-	434 762
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	101 045	892 204	-	-	-	-	993 249
Ertragsteuer	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt:	101045	892 204	88 281	346 481	-	-	1428011

I) Mieten – IFRS 16

Das Unternehmen mietet Büroflächen für einen bestimmten Zeitraum an seinem Standort in Bratislava, die Mietdauer ist auf 5 Jahre abgeschlossen. Ebenso hat sie einen Mietvertrag für Räumlichkeiten für ihren Hauptsitz in Košice im Gebäude BC Casovar für einen Zeitraum von 5 Jahren ab dem 1.12.2023 abgeschlossen, der Gesamtwert der Miete beträgt 323.400 Euro. Aus diesem Grund hat das Unternehmen die gemieteten Räumlichkeiten in der Báčikova-Straße Nr. 5 zum 17.11.2023 gekündigt.

Während der Mietdauer schreibt das Unternehmen das Nutzungsrecht an den Vermögenswerten als Aufwand ab. Die Verpflichtungen aus dem Mietvertrag sind in der „Finanzlage“ in Zeile 11) als Leasingverbindlichkeiten ausgewiesen. Der Kontaktpunkt in Bratislava hatte einen ursprünglichen Mietvertrag für die Räumlichkeiten mit einer Laufzeit von 7 Jahren abgeschlossen, nach Ablauf der Mietdauer wurde die Miete nur um 5 Jahre verlängert. Mit einem im Januar 2023 unterzeichneten Vertrag wurde die Miete jedoch um eine Monatsrate pro Jahr reduziert.

Die Verpflichtung aus dem Mietvertrag wurde am Tag des Vertragsabschlusses mit dem aktuellen Wert der Leasingraten während der Mietdauer bewertet. Diese Verpflichtung wird während der Mietdauer unter Verwendung des Diskontsatzes abgezinst, der dem Leasingnehmer. Dieser wurde auf der Grundlage der verfügbaren Finanzinformationen ermittelt und wird vom Aktuar der Gesellschaft berechnet.

Eine Übersicht über die Leasingverbindlichkeiten nach Restlaufzeit ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

Leasingverbindlichkeit	Jahr 2024	Jahr 2023
Weniger als ein Jahr	99 708	88.281
ein bis fünf Jahre	249 509	346 481
mehr als 5 Jahre	-	-
Gesamt	349217	434 762

Eine Übersicht über die im Ergebnis ausgewiesenen Transaktionen im Zusammenhang mit Leasingverhältnissen ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

Leasingverbindlichkeit	Jahr	Jahr 2023
Zinsaufwand	14	3 987
Variable Kosten, die nicht Teil der Leasingverbindlichkeiten sind	43	59
Kosten für kurzfristige Anmietung von Kleinmaterial. Sachanlagen	0	0

Zinsaufwendungen für diskontierte Leasingverbindlichkeiten werden in der Gewinn- und Verlustrechnung in Zeile 8) ausgewiesen und sind Teil der sonstigen Aufwendungen.

Die Aufwendungen für kurzfristige Leasingverhältnisse beliefen sich im Jahr 2024 auf 99.708 EUR (im Jahr 2023 auf 88.281 EUR).

J) Informationen zu Ereignissen nach dem Bilanzstichtag

Die Gesellschaft IAD Investments, správ.spol., a.s. hat am 28.11.2024 einen Vertrag über den Kauf von Aktien mit der Gesellschaft KOOPERATIVA poisťovňa, a.s. Viena Insurance Group, auf der Grundlage dessen sie an die Gesellschaft KOOPERATIVA 5.000 Stück Stammaktien der Gesellschaft STABILITA, d.d.s., a.s., die auf den Namen lauten und in verbuchter Form, mit einem Nennwert von 33,20 Euro pro Aktie, ISIN SK1110012764, die 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft STABILITA. Die Abwicklung der genannten Transaktion erfolgte am 9. Januar 2025.

n Košice, am 14.3.2025



Mgr. Jozef Salaj
Vorstandsmitglied



Ing. Martin Pivarči
stellvertretender Vorsitzender der Vorstands

